Vor 25 Jahren — 17. Juni 1953 Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 16. Juni 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonn beschließt Rentenraub

Im Alter in Sorge und Not

Nach einem Leben harter Arbeit ein Alter in Not und Elend, abgespeist mit vier-, fünf-, sechshundert Mark, den Sozialämtern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, angewiesen auf die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder — das sind die Folgen der jetzt im Bundestag beschlossenen Rentenreform für Millionen von Rentnern. Wahrhaftig, die Bundesregierung macht wieder einmal sehr klar deutlich, daß in unserem Land einzig und allein die Werktätigen zur Kasse gebeten werden, wenn es darum geht, die Lasten der Krise zu tragen. Die Versprechungen, Beteuerungen, Beschwörungen à la Willy Brandt, der den Rentnern vor den Wahlen zurief: „Ihr könnt euch auf uns verlassen!" haben sich längst als faustdicke Lügen, als abgrundtiefe Heuchelei erwiesen.

Werfen wir einen Blick auf die Kernpunkte der neuesten Renten„reform":

— **Rentenraub:** Bisher folgte die Erhöhung der Renten der Bruttolohnentwicklung im Abstand von drei Jahren. 1975 wurden also die Renten entsprechend den Lohnerhöhungen von 1972 erhöht. Bisher waren das durchschnittlich sieben bis zehn Prozent. Dieses Prinzip ist jetzt abgeschafft. 1979 werden die Rentner nur 4,5 Prozent, 1980 und 1981 sogar nur vier Prozent bekommen. Massiver Rentenraub also.

— **Beitragserhöhungen:** 1981 wird der Rentenversicherungsbeitrag von bisher 18 auf 18,5 Prozent angehoben.

— **Krankenversicherung:** Ab 1982 sollen die Rentner im Gegensatz zur bisherigen Praxis ihre Krankenversicherungsbeiträge selbst bezahlen.

— **„Risikoabsicherungsklausel":** Wenn die Zahl der Arbeitslosen sich weiter erhöht, wenn das Wirtschaftswachstum hinter den Prognosen zurückbleibt, werden die Rentenbeiträge erneut erhöht. Ein Freibrief für neue Angriffe auf die Rentner also.

Schon heute leben 2,3 Millionen von ihnen unter dem amtlichen Existenzminimum. Die Hälfte aller Rentner bekommt monatlich weniger als 700 Mark. Noch schlimmer geht es den Frauen. Bei 99 Prozent von ihnen liegt die Rente unter 700 Mark. Und jetzt soll es noch schlimmer werden. So sieht das wahre Gesicht des kapitalistischen „Wohlfahrtsstaates" aus.

Weg mit dem Rentenraub!

Für die Einführung einer Rente, die allen Werktätigen und ihren Ehefrauen einen sorgenfreien Lebensabend garantiert!

35-Stunden-Woche - brennende Notwendigkeit

Offensive gegen Arbeitsplatzvernichtung

Auf der Tagesordnung steht die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Denn der Rationalisierungsterror der Unternehmer und die skrupellose Vernichtung von immer mehr Arbeitsplätzen machen die Durchsetzung dieser Forderung zu einer brennenden Notwendigkeit.

Unverschämte Antreiberei, schärferer Streß — es wird immer schlimmer damit. Und das Betriebsklima wird vergifteter. Das geht an den Nerv, an die Gesundheit. Und dann die Angst um den Arbeitsplatz. Wer sagt Dir, daß es morgen nicht Dich trifft, daß Du nicht auch unter den Wegrationalisierten sein wirst? Heute sind es Hunderte und Tausende, die Woche für Woche brutal um ihren Arbeitsplatz gebracht und ihrer Existenzgrundlage beraubt werden.

Und so wächst das Arbeitslosenheer. Dagegen muß der Arbeiter, der kleine Angestellte sich wehren. Gegen jede Entlassung, gegen jede Vernichtung von Arbeitsplätzen muß erbittert gekämpft werden. Damit wir uns aber nicht in einzelnen Abwehrmaßnahmen aufreiben, müssen wir in die Offensive gehen.

Es ist notwendig, gegen die Arbeitsplatzkiller zum Gegenschlag anzutreten. Es ist notwendig, mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ernst zu machen. Allerdings: auf die reaktionären DGB-Führer können wir uns dabei nicht stützen. Ihre Bekenntnisse zur 35-Stunden-Woche sind unehrlich. Von ihnen haben wir nur Verrat und Abwiegelei zu erwarten. (siehe auch Seite 5.)

Hamburg

„Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!"

320 Antifaschisten protestierten am Samstag, den 10. Juni, in einer Kampfdemonstration gegen den Hamburger Antifaschistenprozeß. Die Demonstration wurde von der „Front gegen Reaktion und Faschismus" organisiert und von der Partei, der Roten Garde und der Roten Hilfe Deutschlands unterstützt. In Sprechchören forderten die Demonstranten: „Was fordern wir für die Antifaschisten — Freispruch! Wohin jagen wir die Faschisten — raus aus Hamburg!" Auf den Zwischenkundgebungen prangerte der angeklagte Antifaschist Uwe die empörende Tatsache an, daß in diesem Staat Antifaschisten hinter Gitter gebracht werden sollen. Doch die Bevölkerung unterstützt die Angeklagten. Bis jetzt sind schon 1.000 Solidaritätsunterschriften und 9.000 Mark Spenden für die Antifaschisten gesammelt worden.

Maihofer-Rücktritt

Der „gute Mann von Bonn" und sein wahres Gesicht

Rücktritt in Bonn. Nach Kriegsminister Leber mußte in der vergangenen Woche Bundespolizeiminister Werner Maihofer seinen Hut nehmen. Offizielle Begründung: die „Pannen" bei der Schleyer-Fahndung. Aber die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß die FDP nach dem Fiasko der Wahlen von Hamburg und Niedersachsen einen Sündenbock gesucht hat. Und wer hätte sich dazu besser geeignet als Maihofer, um den sich die Affären häuften, der schon lange auf der Abschußliste stand?

Betrachtet man die Nachrufe seiner Koalitions- und Parteifreunde, die Kommentare der bürgerlichen Presse, die Maihofer mit auf den Weg gegeben worden sind, kommt man aus dem Staunen nicht mehr heraus. „Menschlich, anständig, fair, einsatzfreudig" sei er gewesen, ein „respektabler, ehrlicher Mann", der an seinem Amt zerbrochen sei. Die Wirklichkeit zeichnet jedoch ein anderes Bild.

Vier Jahre hat Maihofer auf dem Stuhl des Polizeiministers gesessen. In diesen vier Jahren wurde der Bundesgrenzschutz zu einer bis an die Zähne bewaffneten Bürgerkriegstruppe aufgerüstet, sammelten sich in den Computern des Bundeskriminalamtes Daten von drei Millionen Bürgern, wurde das Terrorkommando GSG 9 aufgebaut — wurden mit ei-

Fortsetzung auf Seite 2

Wußten Sie schon..?

...daß in der Bundesrepublik in jedem Jahr 1.400 Kinder bei Verkehrsunfällen ums Leben kommen? Dazu kommen jedes Jahr 23.000 schwerverletzte Kinder bei insgesamt 67.000 Unfällen, in die Kinder verwickelt sind. Eine Untersuchung hat ergeben, daß sich die meisten Unfälle beim Spielen, auf dem Weg zur Schule und überhaupt in unmittelbarer Umgebung der Wohnung ereignen. Betroffen sind vor allem Kinder im Alter zwischen fünf und sieben Jahren. Eine erschreckende Bilanz, die Bände über die Kinderfeindlichkeit der Wohn- und Lebensverhältnisse in unseren Großstädten spricht.

...daß das Autofahren in der Bundesrepublik noch teurer als bisher werden soll? Am 1. Januar 1979 steht eine erneute Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ins Haus. Das hat jetzt die Kölner Colonia, der zweitgrößte Versicherungskonzern der Bundesrepublik, angekündigt.

Libanon

Israelischer Terror-Überfall



Die Sprache der israelischen Zionisten — Terror und Mord

Im Morgengrauen kamen die israelischen Bomber. Im Sturzflug stießen sie auf den Küstenort Dhar el Burg herab, der inmitten von Orangenhainen in der Nähe der libanesischen Hauptstadt Beirut liegt. Gleichzeitig eröffneten die Geschütze israelischer Kriegsschiffe das Feuer, wurden Fallschirmjäger an der Küste abgesetzt. Die Landarbeiter von Dhar el Burg wurden von Bomben und Granaten im Schlaf überrascht. Noch ist nicht bekannt, wie viele von ihnen unter den Trümmern ihrer Häuser den Tod gefunden haben.

Wieder einmal hatten die israelischen Zionisten Tod und Zerstörung über ein libanesisches Dorf gebracht. Und das am gleichen Tag, als sie — wieder einmal — ihren „endgültigen" Rückzug aus dem Libanon ankündigten. Aber dieser Überfall zeigt: Sie denken gar nicht daran, sich zurückzuziehen. Im Gegenteil: Sie haben an diesem Freitagmorgen den Terror weit über die bislang von ihnen besetzten Gebiete hinausgetragen. Und da sollen die libanesischen und palästinensischen Werktätigen auf die sogenannten Friedensinitiativen vertrauen, wie sie in Washington und Moskau ausgebrütet werden?

Nein — der israelische Gangsterstaat versteht nur eine Sprache, die der revolutionären Gewalt. Am Freitag traten den zionistischen Mordbanden Einheiten der palästinensischen Patrioten entgegen. Sie verwickelten die Aggressoren in schwere Gefechte und zwangen sie schließlich zum Rückzug. Wie gemeldet wird, blieben dabei zwölf israelische Offiziere auf der Strecke.

Weiterer Ausbau des BKA

Der Höcherl-Bericht, der letzte Woche vorgelegt wurde, sollte laut Auftraggeber Schmidt die „Pannen" bei der Schleyer-Fahndung untersuchen und Empfehlungen für die zu ziehenden Schlußfolgerungen geben. Diese Empfehlungen laufen darauf hinaus, das Bundeskriminalamt (BKA) als zentrale Polizeimacht noch mehr zu vervollkommnen und auszubauen. Sie fanden die ungeteilte Zustimmung aller Bonner Parteien.

So soll etwa dem BKA die „selbständige Zuständigkeit für die vorbeugende Terrorismusbekämpfung" gegeben werden. „Vorbeugende Terrorismusbekämpfung" — damit meinen die Bonner Herren, wie sich in der letzten Zeit oft genug gezeigt hat, das ganze Bündel ihrer Polizeimaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung und den Kampf der werktätigen Massen. Und in diesem Bereich soll jetzt das BKA weisungsberechtigt gegenüber den Länder-Polizeien werden. Das widerspricht zwar der im Grundgesetz festgelegten föderalen Struktur der Polizei. Aber das kümmert die Herren natürlich einen Dreck. Wenn es für sie zur Unterdrückung der Kämpfe des Volkes notwendig ist, setzen sie sich eben auch über ihre eigenen Gesetze hinweg. Und Höcherl selbst hat ja, als er noch Innenminister in Bonn war, seine Haltung durch den dreisten Spruch klargestellt, er könne schließlich nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen.

Aber nicht nur in der Bundesrepublik soll das BKA künftig frei von allen Beschränkungen operieren können. Im Höcherl-Bericht ist auch die Rede von der „Entwicklung einer großräumigen, auch internationale Belange berücksichtigenden Strategie". Das heißt nichts anderes als: Mehr noch als bisher sollen die Agenten des BKA auch im Ausland auf Menschenjagd gehen.

Für Recht erklärt

Mit einem entlarvenden Urteil machte das Bundesverfassungsgericht von sich reden. Eine Witwe aus München hatte geklagt, weil sie nach dem Tode ihres Mannes nur 60 Prozent von dessen Rente erhielt. Diese Regelung entspricht auch der gängigen Praxis und stützt sich auf §45 des Angestelltenversicherungsgesetzes und § 1268 der Reichsversicherungsordnung. Nun stellte sich die Münchner Witwe aber auf den Standpunkt des Gleichheitsprinzips von Mann und Frau. Der Mann würde nämlich im Falle des Todes der Frau 100 Prozent der Rente weiterbeziehen.

Ihre Klage wurde kurzerhand abgewiesen. Begründung: Der Versicherte erhält die Rente als „Ersatz für Lohn", die Witwe aber nur den „Ersatz für Unterhalt". Zynisch geht man über die Tatsache hinweg, daß die Frau durch ihre Hausarbeit, durch das Aufziehen der Kinder usw. genauso den gesellschaftlichen Produktionsprozeß ermöglicht wie der Mann durch seine Arbeit und deshalb den gleichen Anspruch hat. Genauso zynisch wird behauptet, daß ohnehin die meisten Frauen außer der Hinterbliebenenrente noch weitere Einkünfte hätten. Dabei setzen sich die Herren über die Tatsache hinweg, daß allein 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Personen mit ihrem Renteneinkommen unter dem Sozialhilfesatz liegen. Sie werden sich bedanken für diesen Richterspruch. Und die Witwe — sie meinte sich auf den Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheitsprinzip) berufen zu können — mußte sich eines besseren belehren lassen. Wo käme man denn auch hin, wenn man die im Grundgesetz verbrieften Rechte wie etwa Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit usw. auch noch im konkreten Fall in Anspruch nehmen wollte?

SS-Bürgermeister in Bayern

Josef Friedinger, ehemaliges Mitglied des berüchtigten „1. SS-Totenkopfregiments", ab 1933 KZ-Aufseher im Wachsturm des KZ Dachau, nach '45 Mitglied der CSU — wurde jetzt zum Bürgermeister von Grafrath, Landkreis Fürstenfeldbruck, gemacht.

Ebenfalls in Bayern, in Bürgstadt, entpuppte sich der Bürgermeister Heinrichsohn als ehemaliger SS-Unterscharführer im Pariser Judenreferat, das die Deportation von alten Leuten und Kindern betrieb. Als Kommandeur der Sicherheitspolizei von Paris ab 1943 und Angehöriger der Gestapoabteilung ab 1944 war er Mitarbeiter des berüchtigten Nazi-Verbrechers Lischka. In Frankreich wurde Heinrichsohn 1956 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Jetzt erfreut er sich seines Lebens als bundesdeutscher Bürgermeister.

Diese Tatsachen spiegeln die Unverfrorenheit wider, mit der der Bonner Staat die alten faschistischen Verbrecher ganz offen wieder zu Amt und Würden kommen läßt. Und viele dieser Verbrecher hatten es schon gar nicht mehr nötig, ihre Untaten zu entschuldigen oder sich wie der ehemalige Blutrichter Filbinger gar nachträglich als Antifaschisten herauszuputzen. Nein, der Bürgermeister Friedinger bekennt sich auch heute noch als Hitler-Verehrer.

Das ist eine Provokation gegen alle Antifaschisten. Diese Provokation geht aber vor allem vom Bonner Staat aus, der durch die Schürung der Hitler-Verherrlichungspropaganda und durch den Ablauf der Verfolgungsfrist für Naziverbrechen Ende dieses Jahres die braune Reaktion reaktiviert, um die Faschisierung voranzutreiben.

Bundestag

Neue volksfeindliche Gesetze verabschiedet

Im Bundestag geht es Schlag auf Schlag. Kaum waren die sogenannten „Antiterrorgesetze" unter Dach und Fach gebracht, stand schon das nächste Bündel volksfeindlicher Gesetze zur Debatte und wurde am 8. Juni beschlossen. So wurde das Strafprozeßrecht erneut zuungunsten der Angeklagten verändert, wurden die Bestimmungen des Versammlungs- und Melderechts wesentlich verschärft.

Mit der Änderung des Strafprozeßrechts sollen, wie es heißt, die „Großverfahren", die Verfahren also, in denen es viele Angeklagte und Anklagepunkte gibt, „beschleunigt" werden. So soll nach dem neuen Gesetz zum Beispiel die Möglichkeit, einen Antrag auf Befangenheit des Richters zu stellen, überhaupt die Möglichkeit, einen Richter wegen Befangenheit abzulehnen, noch mehr als bisher eingeschränkt werden. Bundesjustizminister Vogel bezog sich in seiner Rede dabei ausdrücklich auf den Stammheimer Prozeß.

Der Stammheimer Prozeß ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Rechte der Angeklagten mit Füßen getreten werden. Der den Vorsitz führende Richter Prinzing konnte es sich erlauben, mit einem Richter des Bundesgerichtshofes Absprachen über den Prozeß zu treffen, Akten an diesen weiterzuleiten, die dann Springers „Welt" zu einer Propagandakampagne gegen den Rechtsanwalt Schily zur Verfügung gestellt wurden usw. Erst nachdem Prinzing erklärt hatte, daß es einen Unterschied mache, ob die Pflichtverteidiger der Angeklagten oder ihre Vertrauensanwälte einen Antrag stellen, mußte er, nach dem 85. Befangenheitsantrag gegen ihn, aus dem Prozeß ausscheiden. Nach dem neuen Gesetz wäre es selbst dazu nicht einmal gekommen. Es ist klar, daß das eine wesentliche Behinderung der Verteidigung, der Rechte der Angeklagten bedeutet.

Verschärft wurde auch das Versammlungsrecht. In Zukunft soll auf Demonstrationen, Kundgebungen usw. auch das „Mitführen von waffenähnlichem Gerät" verboten sein. Die bisherige Praxis der Polizei hat gezeigt, daß darunter alles mögliche — von der Fahnenstange bis zum Schraubenzieher in den Autos anreisender Demonstranten — verstanden wird. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Bestimmung willkürliche Überfälle der Polizei sowie Festnahmen unter dem Vorwand, man trage ein „waffenähnliches Gerät" bei sich, noch mehr erleichert werden.

Schließlich wurden auch noch die Paßgesetze geändert. Schon bisher konnte jemand, der „die innere und äußere Sicherheit" der Bundesrepublik gefährdet, die Ausstellung eines Reisepasses verweigert werden. Die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, ist damit stark eingeschränkt. Jetzt soll jeder, der keinen Reisepaß bekommt, außerdem eine Eintragung in den Personalausweis kriegen, so daß er überhaupt nicht mehr die Bundesrepublik verlassen kann.

Alle diese Gesetze sind gegen die Werktätigen gerichtet. Zug um Zug schränkt der Bonner Staat die Rechte der Werktätigen ein und verschärft die politische Unterdrückung, wird ein neues '33 vorbereitet. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Maihofer-Rücktritt

Fortsetzung von Seite 1

nem Wort die Mittel der staatlichen Unterdrückung der Werktätigen in einem derartigen Maß perfektioniert, wie es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie dagewesen ist. Ganz zu schweigen vom „Fall Traube", der Wanzenaffäre, die enthüllte, wie unverfroren, unter Brechung selbst der bürgerlichen Gesetze, die Bevölkerung in unserem Land bespitzelt wird. Ganz zu schweigen auch von der gerade aufgedeckten Schnüffelpraxis des Bundesgrenzschutzes an den westdeutschen Grenzen, von den zirkulierenden Listen „verdächtiger" Organisationen und Publikationen. Der „gute Mensch von Bonn", diese „ehrliche Haut" ist in Wirklichkeit ein Architekt des Bonner Polizeistaates, ein wütender Feind der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen unseres Landes.

Er ist beileibe nicht am „Spannungsverhältnis zwischen Liberalität und dem Zwang zu immer mehr innerer Sicherheit" zerbrochen, wie es jetzt so schön heißt. Maihofer mußte zurücktreten, weil seine Sprüche von Liberalität und Freiheit, weil das Image, das er sich in der FDP aufgebaut und mit dem er Karriere gemacht hat, in allzu krassen Widerspruch zu seinen Taten geraten ist. Weil sich allzu deutlich gezeigt hat wie verlogen die „Liberalität" dieses Mannes ist.

An die Stelle Maihofers ist jetzt sein Staatssekretär Baum getreten. Baum war, das ist ein offenes Geheimnis, nur die „dritte Wahl". Schmidt und Genscher hätten es gerne gesehen, auf dem Posten des Bonner Polizeiministers etwa einen Mann wie Willy Weyer, einen offenen Reaktionär mit großer Erfahrung, zu haben. Weyer hat jedoch abgewinkt. Baum, auf den die Wahl schließlich fiel, ist ein Technokrat. Er wird den Kurs seines Vorgängers fortsetzen, wird bedingungslos den Weisungen der wirklichen Herren des Bonner Staates, der Monopol- und Finanzkapitalisten, folgen, die immer deutlicher Kurs auf ein neues '33 nehmen.

Kurz berichtet

Hannover

Mehrere Tausend Demonstranten zogen am vergangenen Sonnabend durch die Straßen Hannovers. Sie protestierten gegen die Grohnde-Prozesse und die Terrorurteile, die gegen einige Teilnehmer an der großen Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Grohnde ausgesprochen wurden. Die Polizei hatte sich an den Straßen, durch die der Protestzug ging, in Kampfausrüstung aufgebaut. Während der Schlußkundgebung am Opernplatz kam es zu massiven Provokationen der Polizei, die teilweise mit Knüppeln und „Chemical Mace" gegen die Demonstranten vorging.

Die Partei und die Rote Garde, die sich an der Demonstration beteiligten, verteilten breit ein Prozeß-Info, in dem unter anderem die Rede abgedruckt war, die der Grohnde-Angeklagte Klaus Hahn vor Gericht gehalten hatte. Am Kundgebungsplatz war ein Agitprop-Stand der Partei aufgebaut. Es konnten 20 „Rote Morgen" verkauft werden.

Buxtehude

Die Ortsgruppe Buxtehude der KPD/ML nutzte die Zeit des Wahlkampfes, um die Politik der Partei breit unter der Buxtehuder Bevölkerung bekannt zu machen. Da die Partei in Niedersachsen keine Kandidaten aufstellte, hieß die Parole: „Den Bossen und Bonzen einen Schuß vor'n Bug! Boykottiert den Wahlbetrug!"

Die Stadt wurde von viel Prominenz aufgesucht. Zuerst erschien Albrecht. Er wurde von einem Teil der Veranstaltungsbesucher, darunter die Partei und RG, mit Pfiffen und Sprechchören gebührend empfangen. Die Genossen konnten ein Transparent entrollen. Tagelang hetzte daraufhin die Lokalpresse gegen die Partei. Dieses „Rampenlicht" nutzte die Ortsgruppe aus, um nun breit eine Wahlbroschüre zu verteilen. Sie verbreiteten sie vor Betrieben, dem Bahnhof, in den Stadtvierteln. Als dann auch noch Brandt eine Rede in der Innenstadt hielt, waren die Genossen mit den Zeitungen und ihrem Transparent und Stellschildern da.



Am Samstag vor der Wahl befestigte die Ortsgruppe ein Transparent an einer Brücke über die vielbefahrene Umgehungsstraße. Am Sonntagabend konnten die Genossen es unbeschädigt wieder abholen. Es müssen Hunderte von Menschen gelesen haben. Und das Wahlergebnis? Die Wahlbeteiligung sank gegenüber 1974 um vier Prozent. Am niedrigsten, nämlich zwischen 57 und 63 Prozent, war die Wahlbeteiligung in dem Viertel, in dem die Genossen gesteckt und Haus-AP gemacht haben. Auch wenn dieses Ergebnis sicher nur zu einem geringen Teil auf das Eingreifen der Genossen zurückzuführen ist, so zeigt es doch, daß auch in Buxtehude immer weniger Menschen gewillt sind, sich von den bürgerlichen Parteien über's Ohr hauen zu lassen, und daß die Genossen dies mit ihrer Parole richtig zum Ausdruck brachten.

Offen gesagt ...

Wildwest beim Staatschutz

In Ovelgönne am Hamburger Stadtrand war Schützenfest. Unter denen, die sich nach der Arbeit dort entspannen und feiern wollten, war auch Egon B. Allerdings sollte ihm das Fest gründlich verdorben werden. Ein Bekannter, Angehöriger des Bundesgrenzschutzes, pöbelte ihn an. Es entspann sich eine hitzige Diskussion, in deren Verlauf der BGS-Mann plötzlich seine Waffe zog. „Du hast wohl noch keine Kugel im Bauch gehabt?" Mit dieser Drohung richtete er die Pistole auf B. Dem gelang es mit Hilfe seiner Freunde schließlich, den BGS-Mann zu entwaffnen. Aber damit war der unglaubliche Vorfall noch nicht zu Ende. Jetzt tauchte eine andere Figur auf: ein Angehöriger des Zentralen Einsatzkommandos für die Bekämpfung von Terroristen aus Hamburg. Er forderte B. auf, die Waffe herauszugeben, die er vorsorglich an sich genommen hatte. Als Egon B. verlangte, daß sich dieser „Terroristenfahnder" ausweisen solle, hielt ihm auch der seinen Revolver vors Gesicht. Am Ende bedrohten sich dann noch der BGSler und der Hamburger Staatsschutz-Mann gegenseitig, wobei letzterer wieder seine Waffe zog.

Die örtliche Polizei, die dann auch noch eingriff, hielt es nicht einmal für nötig, diesen beiden Revolvermännern auch nur ein Blutprobe abzunehmen. Diese Elemente werden nicht nur darauf gedrillt, im Dienst, bei der Menschenjagd, zu der sie abgestellt sind, sofort zu ziehen und loszuschießen. Sie treiben ihr blutiges Handwerk auch noch nach Feierabend weiter. Die Besucher des Schützenfestes von Ovelgönne können von Glück sagen, daß keiner von ihnen mit Kopf- oder Bauchschuß auf der Strecke blieb. So wie Klaus Beinert aus Frankfurt, der im Januar sterben mußte, nur weil sich ein Polizist abends durch Party-Lärm gestört fühlte und deshalb auf ihn schoß.

Die Hamburger werden sich noch auch an den Senatsdirektor Pieper erinnern, der in einer Nachtbar die Pistole zog und abdrückte. Und wahrscheinlich wird es den Revolverhelden von Ovelgönne genauso ergehen wie Pieper: sie werden mit einer kleinen symbolischen Strafe davonkommen, man wird ihnen ihre Waffen zurückgeben und damit die Möglichkeit, bei der nächstbesten Gelegenheit wieder auf Werktätige loszugehen.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Nach der NATO-Tagung in Paris

Afrikanische Einsatztruppe nach Shaba

In Paris trafen in der letzten Woche hohe Beamte und Militärs aus fünf NATO-Staaten zu einer „Afrika-Konferenz“ zusammen. Es war eine Geheimkonferenz im klassischen imperialistischen Stil. Die Herren aus Washington, Bonn, Paris, Brüssel und London schwiegen sich über den Inhalt ihrer Beratungen aus. Ja, sie versuchten sogar den Anschein zu erwecken, als habe man gar nicht über militärische Fragen gesprochen, als sei die nach den Kämpfen in der Kongo-Provinz Shaba ins Gespräch gebrachte „panafrikanische Einsatztruppe“ schon längst wieder vergessen.

Zur gleichen Zeit jedoch, da die Generäle und Regierungsbeamten in Paris wieder auseinandergingen, starteten im marokkanischen Agadir amerikanische Militärflugzeuge. Sie brachten Elite-Truppen des marokkanischen Regimes ins ferne Shaba. Einheiten aus Togo, Gabun und der Elfenbeinküste sollen folgen, ebenfalls über eine amerikanische Luftbrücke. Die afrikanische Einsatztruppe ist also längst zur Wirklichkeit geworden.

Offenbar hatte es bei der Aufstellung dieser Truppe Widersprüche zwischen den beteiligten imperialistischen Staaten gegeben. Die einen hatten sich für Einsatz von Militäreinheiten aus den NATO-Ländern selbst ausgesprochen, nach dem Muster der Aggression gegen Shaba, wo französische und belgische Fallschirmjäger abgesetzt wurden. Durchgesetzt hat sich jetzt ein anderes Konzept: man stellt die Einsatztruppe aus den Armeen afrikanischer Länder auf, während die NATO selbst im Hintergrund bleibt. So versuchen die westlichen Imperialisten den Anschein zu erwecken, als seien es nicht sie, die militärisch in Afrika eingreifen, als würden die afrikanischen Länder ihre Probleme selbst lösen.

Aber wie sieht es wirklich aus? Die reaktionären Regimes, die jetzt ihre Truppen zur Verfügung gestellt haben, stehen unter der Kontrolle der amerikanischen und europäischen Imperialisten. In Gabun und in der Elfenbeinküste zum Beispiel haben die französischen Imperialisten ihre Militärstützpunkte errichtet. Die Streitkräfte dieser Länder sind nicht nur von französischen Militärs ausgebildet worden, sie stehen auch faktisch unter deren Kommando. So bedienen sich die westlichen Imperialisten der reaktionären Regimes für ihre Aggression in Afrika. Sie lassen Afrikaner gegen Afrikaner kämpfen, afrikanische Soldaten für ihre Raubinteressen verbluten.

Auch wenn die Herren aus Washington, Paris, Bonn usw. weiter das Märchen von ihrer Nichteinmischung in die afrikanischen Angelegenheiten erzählen: es läßt sich nicht leugnen, daß sich auf der NATO-Konferenz in Paris ein internationaler „Krisenstab“ gebildet hat, der das militärische Eingreifen der NATO in Afrika koordiniert. Es ist ein Spiel mit sorgfältig verteilten Rollen. Die französischen Imperialisten, die heute schon mehr als 14.000 Soldaten in 26 afrikanischen Ländern stationiert haben, übernehmen mit ihren afrikanischen Marionetten-Truppen die direkte Ausführung. Sie treten auch unverhohlen aggressiv auf, so, wenn ihr Kriegsminister Galley die Massaker französischer Truppen im Tschad als Akte „eindeutiger Notwehr“ bezeichnet.

Die amerikanischen Imperialisten stellen ihren Militärapparat für die Logistik zur Verfügung, zum Beispiel für Truppentransporte. Und Bonn stützt die militärischen Aggressionen — wie schon jüngst den Überfall auf Shaba — mit Krediten und sogenannter technischer Hilfe ab, hinter der sich oft die Lieferung von militärischen Ausrüstungen verbirgt. Gerade die westdeutschen Imperialisten versuchen im Augenblick, das Eingreifen der NATO in Afrika und vor allem ihre eigene Beteiligung daran herunterzuspielen. So erklärte Kriegsminister Apel in der letzten Woche, sowohl ein Bundeswehreinsatz in Afrika wie auch westdeutsche Waffenlieferungen wären völlig ausgeschlossen.

Dasselbe hatte man schon von seinem Vorgänger Leber gehört, als der Krieg am Horn von Afrika auf seinem Höhepunkt war. Und wenig später ließ es sich nicht mehr leugnen: Bonn hatte dem Regime von Somalia nicht nur Kredite zum Waffenkauf gewährt, sondern auch direkt Waffen geliefert. Erklärungen, wie sie Apel jetzt wieder abgegeben hat, sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen. Warum beteiligt sich Bonn denn überhaupt an dem NATO-Krisenstab und der Aufstellung einer afrikanischen Eingreiftruppe? Es geht den westdeutschen Imperialisten genauso wie den amerikanischen oder französischen um die Reichtümer Afrikas.

Nehmen wir nur den Kongo: Dort belaufen sich die Kapitalinvestitionen westdeutscher Monopole schon auf 80 Millionen Dollar. Und auch in anderen afrikanischen Ländern haben sie sich starke Positionen gesichert, die ihnen riesige Profite bringen. Diese Profite zu verteidigen, ihre Kontrolle über die Reichtümer Afrikas zu erweitern, darum geht es den westdeutschen genauso wie den anderen westlichen Imperialisten. Dafür bauen sie ihre afrikanische Eingreiftruppe auf, die überall dort zuschlagen soll, wo die imperialistischen Raubinteressen gefährdet sind.

Und das ist nicht nur dort der Fall, wo die Kreml-Herren mit Hilfe ihrer kubanischen Söldner ihrerseits nach den Reichtümern Afrikas greifen. Die Eingreiftruppe unter dem Kommando der NATO dient auch dazu, den gerechten, revolutionären Kampf der Völker Afrikas für ihre nationale und soziale Befreiung niederzuschlagen. So wie heute schon die französischen Truppen ihren Mordterror gegen die Völker im Tschad und in der Westsahara betreiben. Für die Werktätigen in unserem Land gilt es, den aggressiven Plänen der NATO, dem immer offeneren militärischen Eingreifen der westdeutschen Imperialisten in Afrika entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Humberto-Delgado-Tribunal eröffnet

„Nie wieder Faschismus in Portugal!“

Unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit wurde in Lissabon die erste Sitzungsperiode des Tribunal Civico Humberto Delgado eröffnet. Das Ziel dieses Tribunals ist es, die Verbrechen des faschistischen Regimes — vor allem diejenigen der politischen Geheimpolizei PIDE — zu enthüllen und zu verurteilen. Es findet statt zu einer Zeit, wo vier Jahre nach dem Sturz der faschistischen Diktatur die Bourgeoisie alles daran setzt, die politische Unterdrückung der Werktätigen zu verschärfen und die vom Volk erkämpften demokratischen Rechte abzubauen.



Die erste öffentliche Tagung des Tribunals Humberto Delgado

General Humberto Delgado, nach dem das Tribunal benannt ist, war ein bekannter Antifaschist, Kandidat der demokratischen Opposition bei den Präsidentschaftswahlen von 1958. Er wurde wie viele andere Antifaschisten von den Schergen der PIDE ermordet. Die Mörder jedoch sind bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Wie Professor Orlando de Carvalho vor dem Tribunal erklärte, sitzen heute weniger als zehn Agenten der faschistischen PIDE in den Gefängnissen des Landes. Zu Hunderten wurden die Angehörigen dieser Mordtruppe von den Gerichten freigesprochen oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt. Und diejenigen, die nach dem Sturz der Diktatur unter dem Druck der revolutionären Massenbewegung verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden, sind seit dem Rechtsputsch vom November 1975 nach und nach wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Und nicht nur das. Auch führende Figuren des faschistischen Regimes kommen im heutigen Portugal wieder zu Amt und Ehren. So klagte die Tochter Humberto Delgados auf dem Tribunal die Tatsache an, daß der letzte Präsident der Diktatur, Américo Tomás, der sich 1974 unter den Schutz der brasilianischen Faschisten verkrochen hatte, von der Regierung in Lissabon die Erlaubnis zur Rückkehr erhielt.

Vor dem Tribunal traten Antifaschisten aus mehreren Generationen auf. Sie legten Zeugnis ab über die Verbrechen der PIDE, berichteten von Mord, Folter und Vergewaltigungen. Die Werktätigen, die die Sitzungen des Tribunals besuchten — die meisten von ihnen Arbeiter aus der Hauptstadt — waren sich einig, daß die Durchführung dieses Tribunals ein wichtiger Schritt zur Einigung der portugiesischen demokratischen Kräfte ist. Aus diesem Grund haben auch die Kommunistische Partei Portugals (Wiederaufgebaut) und die UDP dem Tribunal Civico Humberto Delgado ihre volle Unterstützung gegeben. „Nie wieder Faschismus in Portugal!“ Diese Losung des Tribunals eint heute die portugiesischen Werktätigen in ihrem antifaschistischen Kampf.

Aus aller Welt

Frankreich: Polizei stürmt Renault-Werk

Am vergangenen Dienstag stürmten Polizeitruppen das Werk Flins des Renault-Konzerns, das von streikenden Arbeitern besetzt worden war. Vorher hatten die Polizisten alle Telefonleitungen unterbrochen, um zu verhindern, daß die Arbeiter Hilfe von außen herbeiholen konnten. Gegen die Arbeiter des Renault-Werks Cleon, das ebenfalls von Streikenden besetzt war, sprach ein Gericht die Aufforderung aus, den Betrieb binnen 48 Stunden zu räumen. Begründet wurde dieses Urteil zynischerweise damit, daß die Besetzer angeblich das Recht auf Arbeit verletzen würden. Die Renault-Arbeiter stehen im Kampf für Lohnerhöhungen, kürzere Arbeitszeit und eine Herabsetzung des Rentenalters.

Nach dem Polizeieinsatz in Flins kam es in mehreren anderen Renault-Werken zu Solidaritätsstreiks. Die bürgerliche Presse Frankreichs sprach während der Kämpfe offen die Befürchtung aus, daß die Besetzung der beiden Renault-Werke ein Signal für ein neues Anschwellen der Arbeiterkämpfe werden könnte.

Palästina: Partisanenangriff gegen Geheimdienstgebäude

Eine weitere mutige Aktion unternehmen die palästinensischen Partisanen. Am Stadtrand von Tel Aviv griffen sie ein Gebäude des Geheimdienstes an. Nachdem sie die Postenkette vor dem Gebäude durchbrochen hatten, zerstörten sie einen Teil des Gebäudes. in der Nähe der Stadt Nablus griffen Partisanen eine israelische Militär-Patrouille an. Bei dem Gefecht, das sich daraufhin entwickelte, wurden mehrere israelische Soldaten getötet und viele verwundet.

Die bewaffneten Patrioten führten eine Reihe ähnlicher Aktionen durch, bei denen dem Feind schwerer Schaden zugefügt wurde. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß das palästinensische Volk gewillt ist, den Kampf mit der Waffe bis zum Sieg über die israelischen Besatzer fortzuführen.

Polen: Fleischpreise erhöht

Neue Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln hat die Gierek-Clique den polnischen Werktätigen aufgebürdet. So stiegen die Fleischpreise um 20 Prozent. Auch andere Nahrungsmittel wurden verteuert. Eine neue Form der Preistreiberei ist das sogenannte Gleichziehen der Preise im ganzen Land. Das bedeutet, daß jeweils die niedrigen Preise den Höchstpreisen angeglichen werden.

Britannien: Mai-Veranstaltung der KPB/ML

Eine kämpferische Veranstaltung, die von einer breiten Teilnahme der werktätigen Massen gekennzeichnet war, führte die KP Britanniens/ML zum 1. Mai in London durch. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Reg Birch, würdigte die Kämpfe der britischen Arbeiterklasse für die Sicherung ihres Lebensunterhalts. Er betonte die Notwendigkeit, den vermehrten Angriffen der Bourgeoisie starken Widerstand entgegenzusetzen. Auf die internationale Lage eingehend, verurteilte Genosse Reg Birch die revisionistische „Theorie der drei Welten“. „Jeder Imperialismus“, betonte er, „ist der Feind der Arbeiterklasse. Wir müssen unseren Imperialismus zerschlagen, wir müssen den Kapitalismus hier in Britannien zerschlagen. Es gibt heute in Europa Parteien“, sagte er, „die behaupten, Parteien der Arbeiterklasse zu sein, die ihre Hauptaufgabe in dem Land, in dem sie leben, aufgeben, den Kampf gegen den Kapitalismus in ihre eigenen Land. Die Probleme Britanniens können einzig und allein durch den Willen und die Macht der britischen Arbeiterklasse, ihre Klarheit und unter der Führung der Partei gelöst werden.“

Abschließend rief der Vorsitzende der KPB/ML erneut die Mitglieder und die Sympathisanten der Partei, die ganze britische Arbeiterklasse dazu auf, sich vorzubereiten und zu organisieren für neue Klassenschlachten, für den Sieg über den Feind und den Sturz des kapitalistischen Systems.

Ägypten: Terrorgesetze verabschiedet

Im Kairoer Parlament wurde ein faschistisches Terrorgesetz verabschiedet, das jede Opposition zum herrschenden Sadat-Regime unter strenge Strafe stellt. So kann künftig jede „verdächtige Person“ verhaftet und für unbestimmte Zeit eingekerkert werden. Außerdem wurde die Presse vollständig gleichgeschaltet und eine umfassende Säuberung des öffentlichen Dienstes von all denjenigen begonnen, die nicht bedingungslos mit dem reaktionären Kurs des Regimes übereinstimmen.

Diese faschistischen Maßnahmen sind die Antwort des Regimes auf den zunehmenden Unmut unter den Werktätigen, die für Sadats Kurs des Ausverkaufs des Landes an die westlichen Imperialisten bezahlen müssen. Die Verschärfung der Unterdrückung zeigt die Angst des Regimes davor, daß es wieder — wie schon im letzten Jahr — zu breiten Erhebungen der werktätigen Massen kommen könnte.

Italien: Massendemonstration der Textilarbeiter



40.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilindustrie gingen am 26. Mai in Rom auf die Straße, um gegen die Massenentlassungen zu protestieren. Für diesen Tag war ein landesweiter Streik in der Textilindustrie ausgerufen worden. Die Kollegen kämpfen auch gegen die verbrecherischen Praktiken vieler Kapitalisten, die Arbeiter ohne Tarifverträge einstellen und für sie auch keine Sozialversicherung zahlen.

Genosse David Benquis gestorben

Am 29. Mai ist in Paris Genosse David Benquis, einer der Begründer, Organisatoren und Hauptführer der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles gestorben. Als einer der ersten hatte Genosse David Benquis in den sechziger Jahren das Banner des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den modernen Revisionismus erhoben und sich unschätzbare Verdienste um die Gründung, den Aufbau und die Entwicklung der RKP Chiles erhoben. Genosse David Benquis kämpfte mit allen seinen Kräften für die Freiheit, die Unabhängigkeit und den Sozialismus in seinem Vaterland. Er war ein wahrhafter proletarischer Internationalist. Wir trauern mit den chilenischen Genossen, die einen schweren Verlust erlitten haben. Wir sind davon überzeugt, daß die RKP Chiles ihre Reihen noch fester zusammenschließen wird, um das Vermächtnis ihres Führers, den Sieg der Revolution in Chile, zu erfüllen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

„De Anstorm" klärt Giftunfall im Hafen auf

Mörderische Profitgier!

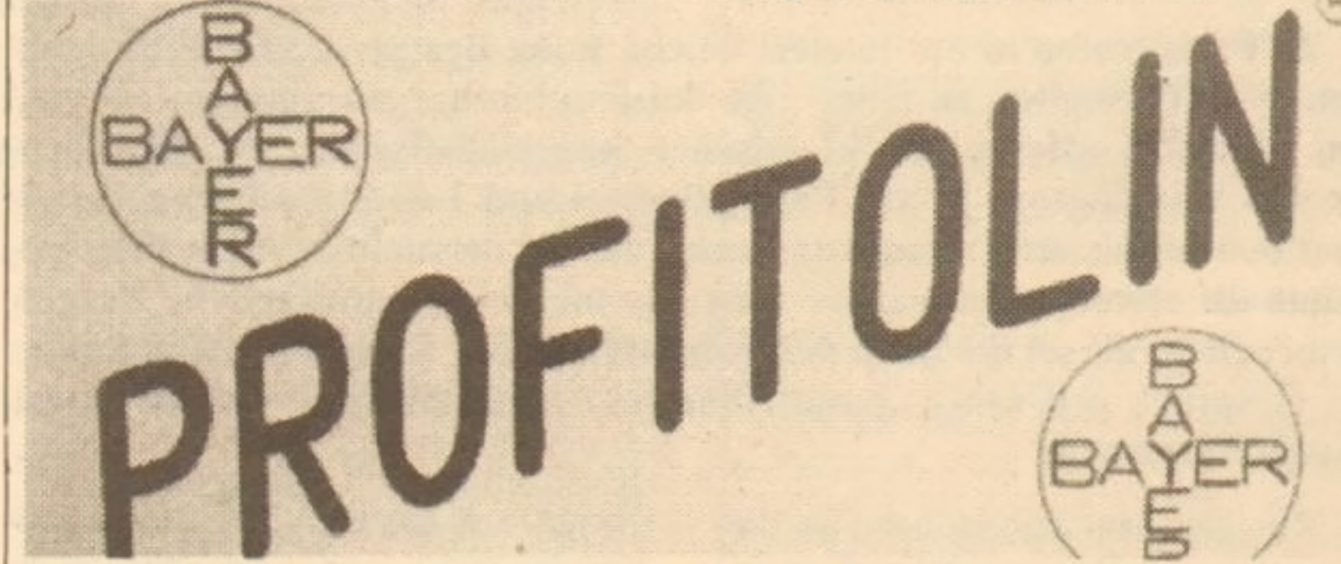
Immer wieder kommt es auf den bremischen Häfen bei der Verladung gefährlicher Güter zu Vergiftungen bei Hafenarbeitern. Oft sind die giftigen Stoffe überhaupt nicht gekennzeichnet, und die Hafenarbeiter wissen nicht, welcher Gefahr sie ausgesetzt sind. So wurden Ende März neun Stauer beim Löschen auf dem belgischen Dampfer „Aubrac" schwer vergiftet. „De Anstorm", die Zeitung unserer Partei für die bremischen Häfen, prangerte, wie schon früher in vielen ähnlichen Fällen, den Unfall in einem Extrablatt an und forderte sofortige und restlose Aufklärung des Giftunfalls. Aber die Hafenkapitalisten in Komplizenschaft mit den Bonzen der Gewerkschaft und der Berufsgenossenschaft versuchten auch in diesem Fall, den Unfall totzuschweigen und die Aufklärung der Ursachen zu vertuschen. Jetzt gelang es dem „Anstorm", die Ursache der Vergiftung aufzudecken. In seiner neuesten Ausgabe berichtet „De Anstorm" über das Ergebnis seiner Untersuchungen. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem Artikel im „Anstorm" ab.

*„Die vergifteten Kollegen wurden verhöhnt und unter Druck gesetzt. Ihre Beschwerden wurden lächerlich gemacht und ohne im geringsten gesund zu sein, mußten sie wieder arbeiten. **Inzwischen wurde einer von ihnen erneut vergiftet, bei dem Naphtalin-Unfall auf der MS ‚Plato'.** Gleichzeitig war den Kapitalisten kein Mittel zu schmutzig, um die Ursachen der Vergiftung auf der ‚Aubrac' zu vertuschen und Nachforschungen zu verhindern. Arm in Arm mit der staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt behaupteten sie immer nur eins: **‚Die Ursachen sind nicht festzustellen.'** Aber die Hafenkapitalisten haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zu viele Kollegen haben die Nase voll von täglichen Giftunfällen. Zu viele Kollegen wendeten sich an den ‚Anstorm'. Das war ungünstig für die Hafenkapitalisten. **Denn in Zusammenarbeit mit diesen Kollegen und mit Fachleuten der Chemie haben wir herausgefunden: Der Stoff auf der ‚Aubrac', an dem sich die Kollegen vergifteten, war Anilin.** Von wegen harmlos..."* (siehe nebenstehenden Kasten über die Auswirkungen dieses Giftes. Wir haben ihn ebenfalls dem „Anstorm" entnommen).

„De Anstorm" schreibt dann weiter, daß keine der bei Anilinvergiftung vorgeschriebenen Maßnahmen ergriffen würden: *„Die Feuerwehr wurde erst eineinhalb Stunden, nachdem die ersten Stauer mit blauen Zungen und Nasen den Dampfer verlassen hatten, gerufen. Aber die Feuerwehrleute, die sich immer sehr mutig einsetzen, konnten hier, wie in vielen Fällen, nichts ausrichten, denn ihr Labor ist so klein, daß es nicht einmal die einfachen Teststreifen enthält, mit denen man Anilin sofort feststellen kann. Die Empörung unter den Kollegen wächst. Viele meinen mit Recht: Alle diese Hafenherren, die für den schleichenden Tod der Hafenarbeiter verantwortlich sind, sie alle sollte man der Reihe nach in ihre ‚harmlosen Chemikalien' jagen... Kollegen, schließen wir uns weiter zusammen gegen die mörderische Profitsucht der Hafenkapitalisten. Erkämpfen wir uns:*

- ***die vollständige Entschädigung für die neun Stauer;***
- ***die korrekte chemische Deklarierung aller chemischen Güter, die durch den Hafen laufen;***
- ***ein Giftbuch in die Hand jedes Kollegen;***
- ***eine Giftunfallstation direkt im Hafen;***
- ***jedes halbe Jahr eine kostenlose gründliche Untersuchung von Kopf bis Fuß für jeden Hafenarbeiter!"***

Ein zutreffendes Plakat aus einem Stück des Agitprop-Trupps „Zeitzünder":



Anilin — gefährliches Gift

Anilin ist — auch in Form mancher Derivate — ein schweres Blut- und Nervengift. Es wird durch Einatmen der Dämpfe und vor allem durch die Haut vom Körper aufgenommen. Sehr geringe Mengen werden vom Organismus durch Umwandlung in p-Aminophenol entgiftet und als solches ausgeschieden. Bei leichten Vergiftungen kommt es zur Blaufärbung von Lippen, Nase, Ohren und Fingernägeln (Zyanose) sowie zu Schwindelgefühl und Erregungszuständen. In schweren Fällen erzeugt Anilin Kopfschmerz, Übelkeit, Erbrechen und Blasenreizung und kann zu Atemnot, Atemlähmung und zum Tode führen.

Chronische Vergiftungserscheinungen sind Schwächegefühl, Appetitlosigkeit, neurastehnische Symptome, Hautausschläge und Blasengeschwülste, die in Karzinome (Krebs) übergehen können. Im Blut kommt es durch Bildung von Methämoglobin zur Behinderung des Sauerstofftransportes (aus: Brockhaus ABC Chemie, Leipzig 1971).

Bei akuten Vergiftungen ist bis zum Eintreffen des Arztes sowohl bei Anilin als auch bei anderen aromatischen Aminen möglichst ein Kleiderwechsel und ein Reinigungsbad vorzunehmen. Bei Bewußtlosigkeit ist künstliche Atmung mit Sauerstoffgabe angebracht. Ist der Verunglückte bei Bewußtsein, so hilft gegen Kollaps das Trinken von starkem Kaffee, viel Milch oder sauren Obstlimonaden. Keinen Alkohol verabreichen! Der Verunglückte ist warm zu halten, der Arzt muß unverzüglich gerufen werden.

Chronische Vergiftungen sind bekannt. Sie äußern sich durch ein blasses, bläuliches Aussehen. Das Allgemeinbefinden ist durch Kopfschmerzen, Schwindel, Lustlosigkeit, Ohrensausen und schlechten Schlaf gestört. Es kommt zu Hautausschlägen und Bindehautentzündungen, auch Gelenk- und Muskelschmerzen treten auf. Die Verdauung ist gestört; Nierenschäden können auftreten.

Ein Schnellnachweis gelingt mit Papierstreifen, die mit einer vierprozentigen Lösung von Furuol in Eisessig getränkt sind. Bei Anwesenheit von Anilin verfärbt sich der Streifen je nach Konzentration rosa bis rot. Meldepflichtige Berufskrankheit.

(Aus: Günter Sorge: Gefährliche Arbeitsstoffe in Labor und Betrieb , Umschau Verlag, Frankfurt/Main, Aufl. 1974.)

Der Fall Adolf Behrmann

Fertiggemacht durch Gift im Hafen

Mit Arbeitshetze fängt es an

1973, an einem trockenen Julitag, werden auf den Brasilfrachter „Maringa" in der Spätschicht bei Schuppen 18 4.000 Sack mit einem grünlichen Pulver verladen. Die Papiersäcke mit je 25 kg werden aus den Waggons nicht auf Paletten gestapelt, sondern, weil der Dampfer unbedingt in dieser Schicht fertig werden soll, auf Brooken geworfen. Beim Anheben der Netze zerreißen jedesmal einige der untersten Säcke, das grüne Pulver rieselt auf die Stauer. Die Kollegen protestieren gegen den unangenehmen Staub, doch man beschwichtigt sie, es handele sich ja nur um völlig harmlose Chemikalien, und staubschluckende Maßnahmen oder Masken seien nicht nötig.

Die Firma stellt sich dumm

In der folgenden Nacht setzt bei dem Stauer Adolf Behrmann hohes Fieber ein. Er hat solche Schweißausbrüche, daß das Deckbett, Unterbett und Matraze klatschnaß sind. Der Arzt stellt am nächsten Morgen einen extrem niedrigen Blutdruck fest. Schnell ergibt sich der Verdacht, daß die ungewöhnliche Erkrankung auf das grüne Pulver zurückzuführen ist. Man ruft die Firma an und erhält die unverschämte Antwort: *„Wir wissen nicht, was wir verladen."* Der Kollege sagt heute dazu: *„Diese Antwort kam für mich einem Todesurteil gleich."*

Die ersten Tage nach dem Giftunfall verbringt Behrmann in „völliger Sonnenfinsternis". Er hat Bewußtseinsstörungen und ist sehr schwach, nur langsam erholt er sich wieder. Danach bricht eine unaufhörliche Krankheitsserie an.

Soweit ist alles noch „normal". Einer der üblichen Giftunfälle. Der Kollege weiß nicht, mit was er sich vergiftet hat. Er kann auch nicht die Leute aus dem Unfallgang finden, weil sie von einer Firma kamen, die längst pleite gemacht hat. Vom Arzt wird er nur oberflächlich untersucht. Die Krankheit bleibt ein Rätsel. Es ergeht ihm wie vielen Kollegen. Erinnern wir uns nur an die neun Stauer.

Die erste Spur

Ende Oktober '74 begegnet er auf einem Brasilfrachter wieder dem grünen Pulver. Sofort schreibt er sich den Namen auf „Vitigran", Bayer, und beginnt seine Nachforschungen. Von der Firma Bayer erfährt er, daß es sich um Kupferoxychlorid handelt, einen gesundheitsschädlichen Stoff. Behrmann benachrichtigt die Berufsgenossenschaft, die benachrichtigt die Firma, doch es geschieht nichts.



Bremer Hafenarbeiter beim Streik in der diesjährigen Tarifrunde

Die Kollegen streiken

Als im November '74 wieder das grüne Pulver ohne Schutzmaßnahmen verladen werden soll, machen die Kollegen nicht mehr mit. Sie schicken den kranken Kollegen Behrmann aus der Luke und legen die Arbeit nieder. Es werden Proben gezogen: Kupferoxychlorid. Es gelingt den Kollegen, Sicherheitsvorkehrungen zu erzwingen.

Adolf Behrmann, der schwerkrank ist, wird weiterhin beim Verladen gefährlicher Güter eingesetzt: Asbest, Thomasmehl, Adipinsäure, was verboten ist. Obwohl den verantwortlichen Stellen der Krankheitszustand Behrmanns bekannt ist (hinter seinem Rücken schreiben sie sich Briefe darüber, ohne ihn zu informieren, wie er später erfährt), wird er weder einem Facharzt vorgestellt, noch werden Röntgenaufnahmen gemacht, noch werden die Unfallverhütungsvorschriften 1 a eingehalten, noch werden die Verordnungen über gefährliche Arbeitsstoffe beachtet.

Mit 50 Jahren kaputt...

Im Juni '76 ist es dann soweit. Der Kollege ist nur noch ein Wrack, er kann nicht mehr arbeiten. Er wendet sich an die AOK und erhält dort Einsicht in seine Akte. Dort liest der todkranke Mann die lapidare Bemerkung der Berufsgenossenschaft: *„Bei Kupferoxychlorid handelt es sich nicht um einen Listenstoff der 7. Berufskrankheitenverordnung, die Voraussetzung zur Anerkennung einer entschädigungspflichtigen Berufskrankheit liegt somit nicht vor."*

...und um die Rente geprellt

Anfang '78 wird Adolf Behrmann von der Weser-Distrikt-Stauerei entlassen. Er beantragt Arbeitslosengeld. Aber für den Kollegen, der 17 Jahre lang im Hafen seine Knochen hingehalten hat und dem dort die Gesundheit ruiniert wurde, ist nicht einmal ein ausreichendes Arbeitslosengeld da. Weil nur die letzten drei Jahre zählen und er davon eineinhalb Jahre krank war, bekommt er nur den Mindestsatz und den nur ein halbes Jahr. Am 13. August ist der Kollege ohne jeden Pfennig Geld.

(Aus: „De Anstorm" Nr. 30, Juni '78.)

Adolf Behrmann ist heute ein schwerkranker Mann. Seine Gesundheit fiel der mörderischen Profitgier der Kapitalisten zum Opfer. Daß er jetzt auch noch um eine Unfallrente kämpfen muß, daß er ab 13. August ohne jede Unterstützung dazustehen droht, ist ein ungeheuerlicher Skandal. Aber ein Skandal, der typisch ist, für dieses kapitalistische System, für diesen Bonner Ausbeuterstaat. Denn der Fall Adolf Behrmann ist kein Einzelfall. Immer wieder erreichen uns in der Redaktion des „Roten Morgen" ähnliche, erschütternde und empörende Berichte über Werktätige, die skrupellos für die Profite der Kapitalisten verheizt wurden und die als „Lohn" von den Behörden dieses „Sozialstaates" auch noch verhöhnt und um ihr Recht betrogen werden. Der Kollege Behrmann, der bis 1937 Betriebsrat war, hat trotz seines schweren Schicksals den Mut nicht sinken lassen. Er kämpft. Nicht nur für sein persönliches Recht, sondern auch für seine Kollegen, die heute im Hafen nach wie vor durch die Skrupellosigkeit der Hafenherren und der staatlichen Stellen bedroht sind. So hat der Kollege Behrmann anläßlich der Vergiftung von neun Stauern im Hafen folgenden Brief an den Arbeitsminister in Bonn geschrieben:

Brief an den Arbeitsminister

An den Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Am 6. April dieses Jahres habe ich Sie, Herr Minister, auf einer öffentlichen Veranstaltung der SPD in der Friesenburg in Nordenham von den Praktiken beim Umschlag der gefährlichen Güter in den stadtbremischen Häfen unterrichtet. In der kurzen Redezeit von drei Minuten haben Sie, Herr Minister, erfahren, daß ich wegen der Nichteinhaltung aller Unfallverhütungs-, Sicherheits- und Vorsorgevorschriften, die beim Umschlag dieser Güter vorgeschrieben sind, gegen die Weser-Distrikt-Stauerei und Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft Strafanzeige wegen Körperverletzung erstattet habe. Außerdem ist in dieser Sache Klage beim Sozialgericht Bremen anhängig. Bereits im September 1976 wurden Sie, Herr Minister, in einem Schreiben von mir auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen. 1976 und 1977 habe ich in mehreren Presseveröffentlichungen diese Zustände öffentlich angeprangert.

Somit wurde von mir alles Erdenkliche unternommen, um die dringend notwendigen Sicherheitsvorkehrungen beim Umschlag der gefährlichen Güter durchzusetzen. Wie aber die jüngsten Giftunfälle beweisen, waren meine Bemühungen vergeblich, denn am 22. März dieses Jahres kam es auf der MS „Aubrac" erneut zu einem schweren Giftunfall.

Die traurige Bilanz dieser Frühschicht sind neun Verletzte. Wer nun glaubte, daß es nun zu den schon längst überfälligen Sicherheitsvorkehrungen kommen würde, wurde am 18. April eines anderen belehrt, denn um 12.30 Uhr wurden von der MS „Plato" sechs Hafenarbeiter mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Angesichts der erneuten Unfälle protestiere ich aufs schärfste gegen den Schlendrian der Berufsgenossenschaften. Sind Sie, Herr Minister, etwa erst bereit, diese Zustände zu ändern, wenn 20 oder mehr Verletzte oder sogar eine Katastrophe wie in Seveso zu beklagen sind?

Ich weise Sie, Herr Minister, nochmals darauf hin, daß ich stets die Unfallverhütungsvorschriften und die vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen als geltendes Menschenrecht angesehen habe und nicht als Grimms Märchen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gilt nicht nur für einige Priviligierte, sondern auch für die Hafenarbeiter in den stadtbremischen Häfen. Dafür sind die Berufsgenossenschaften zuständig, deren oberster Dienstherr Sie, Herr Minister, nach § 646 RVO sind.

Adolf Behrmann

Manteltarifvertrag bei Eisen und Stahl

Stahlarbeiter fordern 35-Stunden-Woche

Zum 30. Juni ist der Manteltarifvertrag in der Stahlindustrie gekündigt. Noch in dieser Woche (am 16. Juni) will die Große Tarifkommission die Forderungen für den neuen MTV aufstellen. Im Mittelpunkt der MTV-Runde steht die Frage der Arbeitszeit. Das heißt: Der Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Auswirkungen der Rationalisierung für die Arbeiter und kleinen Angestellten zeigen sich in zunehmender Arbeitshetze, in verschärfter körperlicher und nervlicher Belastung durch einseitigere, monotonere Arbeit, in zunehmender gesundheitlicher Belastung durch Leistungsstreß und schlechte Arbeitsbedingungen. Vor allem aber bedeutet die Rationalisierung, daß immer mehr Arbeitsplätze vernichtet werden. Der Sinn des Rationalisierungsterrors ist es, aus weniger Beschäftigten höhere Produktionsergebnisse, größeren Profit herauszupressen. Dagegen müssen wir uns wehren. Zur Verteidigung der Arbeitsplätze sind einschneidende Verkürzungen der Arbeitszeit eine dringende Notwendigkeit.

Gerade die Stahlindustrie ist von der kapitalistischen Überproduktionskrise besonders stark betroffen. Schon in den letzten drei Jahren verloren Zehntausende Arbeiter und kleine Angestellte in der Stahlindustrie Westdeutschlands ihren Arbeitsplatz. Die Stahlmetropole Duisburg verzeichnet die höchste Arbeitslosigkeit unter den großen Ruhrgebietsstädten. Das industriell einseitig von der Stahlindustrie beherrschte Saarland zählt zu den westdeutschen „Notstandsgebieten", was die hohe Arbeitslosigkeit betrifft. Seit drei Jahren immer wieder Kurzarbeit in den Hüttenwerken. Dazu noch die „Niedrigabschlüsse" in den Lohnrunden, wie z.B. der Vier-Prozent-Lohnraub in diesem Jahr. So ist das Realeinkommen der Stahlarbeiter empfindlich gesunken.

Und machen wir uns nichts vor! Das alles ist erst der Anfang. Die Stahlkonzerne beginnen jetzt, die Kapazitätsüberhänge abzubauen, die Produktion auf wenige, hochmoderne Anlagen umzustellen und zu konzentrieren und alle Bereiche rigoros durchzurationalisieren. Durch Umsetzungen und Entlassungen wollen sie die Lohnkosten massiv drücken. Die schwersten Angriffe auf die Arbeitsplätze stehen den Stahlwerkern noch bevor!

Deshalb ist die anstehende Manteltarifrunde für die Kollegen enorm wichtig. Es besteht die dringende Notwendigkeit, zum Kampf gegen die brutalen Krisenangriffe zu rüsten. Dabei ist es als erster wichtiger Schritt erforderlich, über die zu stellenden Forderungen, vor allem über die Konkretisierung der 35-Stunden-Woche unter den besonderen Bedingungen der Conti-Schicht (Siebentagewoche, Vierschichten-Rhythmus) eine breite Diskussion in den Betrieben zu führen. Ebenso über die notwendigen Kampfmaßnahmen. Gerade der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden haben gezeigt: An die Durchsetzung einer Forderung wie nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ohne eine geschlossene, machtvolle Streikfront, ohne harten Klassenkampf überhaupt nicht zu denken.

Aber die IGM-Bonzen haben es bis zur Stunde peinlichst vermieden, unter den Stahlarbeitern eine Diskussion über diese Probleme zu eröffnen. Schon allein dadurch wird klar, daß man auf ihre Lippenbekenntnisse zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich rein gar nichts geben kann. Im übrigen betreiben die IGM-Führer wieder mal ein Verwirrspiel, das nur dazu dienen soll, von vorneherein die Kampfbereitschaft zu zersetzen. So werfen sie plötzlich das Argument in die Debatte, es sei notwendig, die MTV-Runde mit der Lohnrunde im Herbst zu verbinden, denn die MTV-Verhandlungen seien „so kompliziert", daß sie sich ohnedies über mehrere Monate erstrecken würden. Das zielt darauf ab, wieder alles zu verschleppen und letztlich Lohnforderungen gegen die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung auszuspielen.

Einen Verrat hat die IGM-Führung jetzt schon beschlossen: Sie will erneut auf die Kündigung der stahltypischen Zuschläge verzichten, obwohl diese bereits seit Jahren überfällig ist und schon dreimal verschoben wurde. Das ist eine unerhörte Schweinerei. Wer jahrzehntelang im Conti-Schicht-Rhythmus arbeitet, hat keine Chance mehr, das Rentenalter ohne schwere gesundheitliche Schäden zu erreichen. Aber das interessiert die Bonzen genauso einen Dreck wie die Konzernherren selbst. Heimtückisch spekulieren die IGM-Führer darauf, daß niedrige Löhne die Entschlossenheit der Stahlarbeiter mindern, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu kämpfen, zumal die Kollegen aus bitterer Erfahrung heraus befürchten, daß der volle Lohnausgleich infolge der hinterhältige Verrätereien des IGM-Apparats möglicherweise nicht erreicht werden könnte.

Aber die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist eine Notwendigkeit, die sich für die Stahlwerker mit den verstärkt anrollenden Angriffen gegen ihre Arbeitsplätze immer zwingender stellt. Deshalb müssen die Kollegen sich rüsten, muß die RGO gestärkt werden, damit der Verrat der IGM-Bonzen durchkreuzt werden kann. **Konsequenter Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Sofortige Erhöhung der stahltypischen Zuschläge! Für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze!**

Schmiedet die Front gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit

Letzte Woche im Fernsehen: „Als erste Gewerkschaft will die IG Druck und Papier die 35-Stunden-Woche durchsetzen", das sei ihr Ziel bei den Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag (der MTV ist zum Jahresende gekündigt).

„Dann aber ran! Vorbereitungen treffen, die Diskussion in den Betrieben entfachen, mobilisieren, zum unbefristeten bundesweiten Vollstreik rüsten. . ." — So könnte man auf die Ankündigung der IG-Druck-Führer reagieren, wenn — ja wenn man diese Bonzen nicht kennen würde.

Man hat ja erlebt, wie sie dem Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze der Setzer in den Rücken gefallen sind, wie sie mit der verräterischen Schwerpunkttaktik die Streikfront sabotiert und dem Aussperrungsterror der Verlagskapitalisten voll in die Hände gearbeitet haben. Wer auf diese Bonzen, auf den reaktionären DGB-Apparat baut, der hat total auf Sand gebaut!

Um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen, ist es natürlich mit Warnstreiks und auch mit unbefristeten Schwerpunktstreiks nicht getan. Die Kapitalisten haben beim Kampf der Druckereiarbeiter und der schwäbischen Metaller demonstriert, daß sie skrupellos ihre Machtmittel einsetzen, daß sie mit brutalem Aussperrungsterror vorgehen, um den Kampf der Arbeiter gegen die Rationalisierungsangriffe niederzuschlagen. Dabei können sie sich voll auf die Staatsgewalt verlassen. Die Metaller haben es ja erlebt, wie die bürgerliche Klassenjustiz und die Polizei gegen ihren Streik eingesetzt wurden, wie mit Gerichtsurteilen und Polizeieinsätzen gegen die Streikposten vorgegangen wurde.

Die Kapitalisten schrecken auch vor gewaltsamer Unterdrückung nicht zurück, um ihre Rationalisierungsfeldzüge durchzuboxen. Höchstmöglicher Profit, völlige Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen, das ist für sie unverzichtbar. Aber für die Arbeiter und kleinen Angestellten ist die Verteidigung der Arbeitsplätze nicht weniger unverzichtbar. Die Experten sind sich weitgehend einig, daß die Rationalisierung bis Mitte der achtziger Jahre das Arbeitslosenheer auf fünf Millionen anschwellen läßt. Dagegen hilft nur eins: machtvoller Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten, der den Rahmen der bürgerlichen Legalität durchbricht. Nur im revolutionären Klassenkampf, wie die RGO ihn vertritt, kann die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchgesetzt werden.

Die DGB-Führung denkt nicht im Traum daran, diesen Kampf zu organisieren. Deshalb hat die RGO jetzt in der neuesten Ausgabe der „RGO-Nachrichten" ein „Aktionsprogramm gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit" zur Diskussion gestellt. Es soll im Betrieb, in den Abteilungen, auf Vertrauensleuteversammlungen, Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften, unter den klassenkämpferischen Betriebsräten usw. verbreitet und diskutiert werden. So soll ein Schritt vorwärts getan werden, um eine starke Front gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit zu schmieden.

Die Forderungen aus dem „Aktionsprogramm"

- Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!
- Keiner Entlassung darf zugestimmt werden!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Sechs Wochen Mindesturlaub!
- Herabsetzung des Rentenalters bei sofortiger Zahlung der vollen Rente für Männer auf 60 Jahre (Schwerarbeiter auf 55), für Frauen auf 55 Jahre (Schwerarbeiterinnen auf 50)!
- Gegen die ständige Verschärfung der Arbeitshetze — mehr bezahlte Erholungspausen!
- Keine Abgruppierungen!
- Gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei innerbetrieblichen Umsetzungen!
- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!
- Eine Lehrstelle für jeden!
- Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehre!
- Weg mit Sperrfristen, Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen!
- Arbeitslosengeld für jeden arbeitssuchenden Erwerbslosen!
- Volles Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Alter Roter Betriebsrat von HDW/Kiel jetzt in Kleinbetrieb gewählt

Einer der vier alten Betriebsräte auf HDW/Kiel, die 1975 mit über 25 Prozent gewählt worden waren, ist nun in einem kleinen Metallbetrieb wieder gewählt worden (alle vier Betriebsräte waren von den HDW-Bossen entlassen worden). Er erhielt die meisten Stimmen, nämlich 22 von 26 abgegebenen. Damit wurde er einer der beiden gewerblichen Betriebsräte. Auf der ersten Betriebsratssitzung wurde er auch Betriebsratsvorsitzender. Der Kollege ist in seiner näheren Umgebung als Kommunist bekannt und man hatte ihn regelrecht gedrängt, doch zu kandidieren. Während die Kollegen den alten, reaktionären Betriebsratsvorsitzenden gewarnt hatten, sich ja nicht wieder aufzustellen. Das war wirklich ein schöner Erfolg, über den sich praktisch die ganze Belegschaft freute. Inzwischen sind auch die ersten Probleme angepackt worden. Denn auch an so einem kleinen Betrieb geht die Rationalisierung nicht spurlos vorüber. Selbst wenn die Auftragslage zur Zeit recht gut ist.

Körting-Radiowerke in Konkurs!

Die Körting-Radiowerke in Grassau (Oberbayern), die am 22. Februar Vergleichsantrag gestellt hatten, sind jetzt in Konkurs gegangen. Damit ist es beschlossene Sache, daß dieses Werk stillgelegt werden soll. Die 1.300 Beschäftigten sollen auf die Straße geworfen werden. Zynisch geben die Vertreter von Staat und DGB-Gewerkschaften zu, daß im industriearmen Chiemgau kaum einer der Körting-Arbeiter bzw. kleinen Angestellten eine Chance hat, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Für die Gemeinde Grassau wird die Stillegung verheerende Auswirkungen haben. Aber weder die Politiker noch die Gewerkschaftsbonzen haben ernstzunehmende Maßnahmen getroffen, um die Vernichtung der Arbeitsplätze bei Körting zu verhindern. Im April hatten 1.500 Menschen in Grassau gegen die drohende Stillegung demonstriert. Aber sie zu verhindern, dazu wären militante Kampfaktionen notwendig: Streik und Besetzung des Betriebes. Der IGM-Apparat jedoch hat keine größere Sorge, als einen solchen Kampf, der zum Signal für die Arbeiter in der ganzen Bundesrepublik werden würde, zu verhindern.

Mannesmann legt in Duisburg Großrohrwerk still

Bereits im vergangenen Jahr wurde im Großrohrwerk in Duisburg-Mündelheim die Produktion auf Einschichtbetrieb umgestellt. Der Betriebsrat gab dazu seine Zustimmung, obwohl die betroffenen Kollegen dadurch harte Lohneinbußen hinnehmen mußten und obwohl bereits abzusehen war, daß die Mannesmann-Bosse das Werk bald ganz dichtmachen wollten. Jetzt hat der Betriebsrat auch der Stillegung zugestimmt. Den 500 Arbeitern und Angestellten sollen angeblich Arbeitsplätze in den Mannesmann-Werken in Düsseldorf-Rath und Mülheim angeboten werden. Abgesehen von den langen Anfahrtswegen kann man sich an fünf Fingern ausrechnen, daß die angebotenen Arbeitsplätze zudem mit schweren finanziellen und sonstigen Verschlechterungen für die Kollegen verbunden sein werden.

Lohnraub-Abschluß in der Bauindustrie in Kraft

Der 5,6-Prozent-Abschluß in der Bauindustrie, der bei den viel zu niedrigen Löhnen für die schwerarbeitenden Bauarbeiter und bei den Superprofiten der Baulöwen im vergangenen Jahr eine Provokation darstellt, ist nun endgültig in Kraft. Die IG-Bau-Bonzen hatten eine sogenannte „Mitgliederbefragung" über den Abschluß durchgeführt. Eine Urabstimmung zu organisieren, trauten sie sich nicht, weil sie wußten, daß ihr Schandabschluß auf große Empörung bei den Kollegen gestoßen war. Nach Angaben der Gewerkschaft haben sich bei der „Mitgliederbefragung" 53 Prozent der Kollegen für Annahme des Abschlusses ausgesprochen. Abgesehen davon, daß bei diesem Vorgehen alle Möglichkeiten der Manipulation für die Bonzen offen waren, sind 53 Prozent immer noch ein bezeichnendes Ergebnis. Selbst bei dieser obskuren Methode hat also fast die Hälfte der Befragten den Schandabschluß abgelehnt.

Porzellanarbeiter drängen auf Lohnstreik

In dieser Lohnrunde herrscht auch unter den Arbeitern der Feinkeramischen Industrie in der Oberpfalz und Oberfranken große Kampfbereitschaft. Rund 4.000 Kollegen beteiligten sich in der letzten Mai-Woche an Warnstreiks. Es waren, wie es heißt, die ersten Streiks in diesem Tarifgebiet seit Bestehen der Bundesrepublik. Inzwischen sind die Schlichtungsverhandlungen gescheitert. Die Kollegen empfanden das Angebot der Unternehmer, fünf Prozent, als Provokation, denn im Schnitt liegen ihre Löhne um zehn bis fünfzehn Prozent unter den bayrischen Industriearbeiterlöhnen. Das wollen die Porzellanarbeiter sich nun nicht länger bieten lassen. Aber die IG-Chemie-Bonzen haben eine Lohnforderung von nur sieben Prozent aufgestellt. Damit haben diese Agenten der Kapitalisten von vorneherein Kurs auf einen Niedrigstabschluß genommen. Nur die Angst vor der Unruhe und Kampfentschlossenheit der Porzellanarbeiter hielt diese Arbeiterfeinde bis jetzt davon ab, dem Hohnangebot der Bosse zuzustimmen.

RGO-Nachrichten Nr. 3 erschienen



Aus dem Inhalt:
Aktionsprogramm gegen Rationalisierungsterror und Arbeitslosigkeit.
RGO-Serie „Die Bonzen": Sie nennen ihn „Adolf Schmitler".

Zu bestellen bei Diethmars Theil, Postfach 410332, 4600 Dortmund 41.

Spitzel gegen arbeitslose Kollegen

Eine unerhörte Provokation gegenüber den Arbeitslosen wurde jetzt aus Westberlin bekannt. Bei Einstellungsgesprächen, die von Firmen mit Arbeitssuchenden geführt wurden, saß immer ein Dritter dabei und lauschte. Und zwar ein Spitzel des Arbeitsamts, der zwar den Firmenvertretern als solcher bekannt war, nicht jedoch den arbeitslosen Kollegen. Auf diese hinterhältige und schmutzige Tour versucht man, den Arbeitssuchenden Fallen zu stellen, um ihnen gegebenenfalls die Unterstützung zu entziehen, bzw. ihnen eine Sperrfrist aufzuerlegen. Dieser Skandal in Westberlin ist allerdings mit Sicherheit nur die Spitze eines Eisbergs. Denn vor kurzem erst hat eine Konferenz von Länderministern Maßnahmen beschlossen, die darauf abzielen, eine angeblich vorhandene „Dunkelziffer an Arbeitsunwilligen" herauszufinden. Im Klartext: Den Arbeitslosen sollen die wenigen Möglichkeiten geraubt werden, sich gegen unzumutbare sogenannte „Stellenangebote" zu wehren, die nichts anderes bedeuten, als Ausnutzung des Arbeitslosenelends durch die Unternehmer.

Rote Garde in Aktion



Überall wird in Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen ein Extrablatt des Jugendmagazins der Roten Garde „Roter Rebell" verteilt. Es geht um einen Erlaß des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen, in dem verfügt wird, die zur Zeit laufenden Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) um 16 Wochen bis zum Dezember 1978 zu verlängern. Die Rote Garde ruft zum Kampf gegen diesen Erlaß auf, weil er praktisch die Berufsschulpflicht für Jungarbeiter unter 18 Jahren aufhebt und Hunderten den Arbeitsplatz raubt. „Roter Rebell" schreibt unter anderem:

Dieser Erlaß ist ein Skandal!

Alle Schülerinnen und Schüler der Berufsvorbereitungsjahre, die nicht das Glück hatten, für August oder September eine Lehrstelle zu finden, sind gezwungen, weitere 16 Wochen das sinnlose und stumpfsinnige Berufsvorbereitungsjahr zu „besuchen". Ja, auch diejenigen, die jetzt im August oder September, nach den Sommerferien, eine Arbeitsstelle als Jungarbeiter antreten wollten. Sie müssen — so hat es der Kultusminister verfügt — wieder kündigen!

Mindestens ein weiteres Jahr arbeitslos!

Die meisten von uns sind vor einem Jahr aus der Haupt- oder Realschule entlassen worden. Wir haben uns vor einem Jahr die Hacken nach einer Lehrstelle abgerannt. Nichts zu finden. Dann das Berufsvorbereitungsjahr, von dem die Bosse und Bonzen sagen, es würde uns bessere Chancen auf eine Lehrstelle verschaffen. In Wirklichkeit ist das BVJ ein großer Betrug und dient nur der Verschleierung der wirklichen Arbeitslosigkeit.

Und in diesem Jahr wieder das Gerenne nach einer Lehrstelle. Und auch diesmal haben die meisten keine gefunden. „Wenn schon keine Lehrstelle, dann wenigstens einen Arbeitsplatz als Jungarbeiter", so haben viele gedacht. Und der eine oder andere fand eine Arbeitsstelle. Und jetzt kommt der Hammer, der Erlaß des Kultusministers. Wieder kündigen. Kein Arbeitsplatz. Kein Pfennig Geld in der Tasche. Und 16 weitere, verschenkte Wochen im Berufsvorbereitungsjahr.

Und dann? Was ist nach den 16 Wochen, im Dezember? Offen gesagt, dann liegst du endgültig auf der Straße. Waren jetzt im Sommer die Chancen noch einigermaßen günstig, wenn schon keine Lehrstelle, so doch vielleicht noch einen Arbeitsplatz als Jungarbeiter zu finden, so brauchst du dir im Dezember erst recht keine Hoffnungen mehr zu machen. Dezember, das heißt Weihnachten, viele Feiertage. Tage, die die Kapitalisten bezahlen müssen, ohne daß sie uns dafür an den Tagen ausnutzen und ausbeuten können. Das heißt womöglich noch, daß die Kapitalisten uns Weihnachtsgeld bezahlen müssen. Glaubt doch nicht, daß die Kapitalisten dann groß welche einstellen.

Und eine Lehrstelle? Ja, die Ausbildung beginnt erst wieder im August oder September 1979!

Also im Klartext: Dieser Erlaß raubt allen, die einen Arbeitsplatz gefunden hatten, den Arbeitsplatz! Stiehlt ihnen den so und so schon viel zu niedrigen Arbeitslohn! Und verurteilt alle Schülerinnen und Schüler des BVJ zu mindestens einem weiteren Jahr Arbeitslosigkeit!

Ausgeheckt von den Bossen und Bonzen

„Warum das Ganze?" fragst du. Nun, vielleicht bist du inzwischen selbst darauf gekommen. Aus dem Erlaß des Kultusministers geht es jedenfalls klipp und klar hervor. Das Ganze wurde ausgeheckt in den Chefetagen der Konzerne, von den Fabrikbossen und Bonzen.

Denn die Kapitalisten haben große „Sorgen". Sie wollen keine Jungarbeiter mehr haben, die noch berufsschulpflichtig sind. Fünf Arbeitstage bringen schließlich mehr Profit als nur vier. Zu allem Überdruß müssen die Kapitalisten bis jetzt den Berufsschultag auch noch bezahlen...

Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen verstand die „Sorgen" der Kapitalisten sofort. Deshalb schreibt er in seinem Erlaß: „Aufgrund der einjährigen, vollzeitschulischen Ausbildung im Berufsvorbereitungsjahr... und des 16wöchigen Berufsschulunterrichts **ist der weitere Berufsschulunterricht entbehrlich". Mit der 16wöchigen Verlängerung des BVJ wird also die Berufsschulpflicht für Jungarbeiter unter 18 Jahren aufgehoben!**

Kapital und Staat gemeinsam gegen die Arbeiterjugend

Dieser Erlaß des Kultusministers ist erneut ein glänzendes Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen Kapital und Staat. Der Kultusminister, der kapitalistische Staat ist dabei das ausführende Organ. Die eigentlichen Drahtzieher und Machthaber, die Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten bleiben schön dezent im Hintergrund.

Schließen wir uns zusammen!

Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter!

Viele von euch werden durch dieses Flugblatt zum erstenmal etwas von dem Erlaß des Kultusministers gehört haben. Bisher haben die Lehrer und der Rektor den Erlaß verschwiegen. Kaum ein Wort stand darüber in der bürgerlichen Presse. Das alles läßt darauf schließen, daß wir überrumpelt, wenige Tage vor den Sommerferien vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen.

Lassen wir uns das nicht gefallen! Setzen wir uns zur Wehr! Organisieren wir Aktionen gegen diesen Erlaß des Kultusministers! Rennt dem Rektor die Bude ein und verlangt Aufklärung über den Erlaß! Weigert euch geschlossen, die 16 Wochen länger ins Berufsvorbereitungsjahr zu gehen!

- **Weg mit dem Erlaß des Kultusministers!**
- **Keine Verlängerung des BVJ um 16 Wochen!**
- **Weg mit dem Berufsvorbereitungsjahr!**
- **Für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz!**

Marl — Chemische Werke Hüls

Übernahme aller Lehrlinge!

Von den 190 Lehrlingen bei den Chemischen Werken Hüls, die in diesem Jahr ihre Lehre beenden, sollen 60 nicht übernommen werden. Sie sollen auf die Straße fliegen, das Heer der arbeitslosen Jugendlichen vergrößern. „Doch die Lehrlinge ließen sich das nicht gefallen", berichten Genossen der Roten Garde. Denn: „Mit der zweijährigen Ausbildung hat man kaum Chancen auf einen anderen Ausbildungsplatz", meinte einer der Betroffenen.

„Kurz darauf", berichten die Genossen weiter, „bauten die Lehrlinge einen Informationsstand auf, und einige Tage später führten sie eine Jugendversammlung durch, an der 350 Lehrlinge teilnahmen. Ein Vertreter der CWH, der auf der Jugendversammlung sprach, brachte das Faß zum Überlaufen. Die Jugendlichen versammelten sich auf der Wiese vor dem Personalgebäude, dann bildete sich ein Demonstrationszug von 120 Jugendlichen. Transparente wurden mitgetragen wie z.B.: „Übernahme aller Auszubildenden!" „Der Kampf der Lehrlinge von CWH hat begonnen!"

So wie hier auf der CWH sieht es zur Zeit in vielen Großbetrieben aus. Die Kapitalisten haben die Lehrlinge auf die Abschußliste gesetzt, wollen sie nach dem Abschluß der Lehre nicht übernehmen oder bieten, für eine „Übergangszeit" wie es zynisch heißt, einen Job für ungelernte Arbeiter an, etwa als Hilfskraft in der Küche. So geschehen bei Hoesch-Union in Dortmund.

Kämpft mit der Roten Garde für die Forderung:

Übernahme aller Lehrlinge in ihrem erlernten Beruf!

Hamburger Bürgerschaftswahl

Hauptsächlich Arbeiterstimmen für die KPD/ML

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir über das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl. 911 Stimmen oder 0,1 Prozent entfielen auf unsere Partei, die als einzige mit einem revolutionären Programm kandidierte, einem Programm, das den Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen propagiert: die gewaltsame sozialistische Revolution, den Kampf der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes, geführt von der kommunistischen Partei; den Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. „Sicher werden viele Genossen mit einem größeren Erfolg gerechnet haben", schrieben wir im letzten „Roten Morgen". Inzwischen liegen uns genauere Einzelheiten über das Wahlergebnis vor.



Straßentheater während der Wahl

Will man das Bild, das sich aus diesen Daten ergibt, in wenigen Worten zusammenfassen, so läßt sich folgende Feststellung treffen: Die Stimmen, die unsere Partei bei dieser Wahl bekommen hat, stammen zum weitaus überwiegenden Teil aus den Hamburger Arbeitervierteln.

Umgekehrt ist es eine Tatsache, daß wir gegenüber der letzten Wahl Stimmen insbesondere in überwiegend kleinbürgerlichen Vierteln verloren haben, so z.B. in dem Universitätsviertel Rothenbaum. Diese Stimmen, also zu einem beträchtlichen Teil Studentenstimmen, konnte im wesentlichen die „Bunte Liste" auf sich ziehen, aber teilweise auch der KBW.

Das beste Ergebnis erzielte unsere Partei im Wahlbezirk Altona/Altona-Nord, einem Bezirk mit starkem Arbeiteranteil. Wir erhielten hier 0,6 Prozent der Stimmen, liegen hier also um das sechsfache über unserem Gesamtergebnis von 0,1 Prozent. Ähnlich ist es in anderen hauptsächlich proletarischen Vierteln wie Wilhelmsburg, Mümmelmannsberg, Finkenwerder, Bahrenfeld und Dulsberg. Hier liegen unsere Stimmenanteile mit 0,2 bis 0,3 Prozent immer noch beträchtlich über dem Durchschnitt.

Weit schlechter liegen wir hingegen in den mehr kleinbürgerlichen Bezirken wie z.B. Hoheluft oder Eppendorf. Im Universitätsviertel Rotherbaum, wo unsere Partei vor vier Jahren mit 0,6 Prozent noch erheblich über ihrem Gesamtdurchschnitt lag, erhielten wir dieses Mal nur noch 0,1 Prozent. Hier konnte die „Bunte Liste" uns die meisten Stimmen abnehmen. Sie erreichte in Rotherbaum 11,6 Prozent der Stimmen (Gesamtergebnis der „Bunten" in Hamburg: 3,8 Prozent).

Interessant ist, daß die „Bunte Liste" auch in ausgesprochenen Villenvierteln überdurchschnittliche Stimmenanteile auf sich zog. So in der CDU-Domäne, den Walddörfern. Hier erhielten die „Bunten" 4,2 Prozent. Die CDU ist hier mit 51 Prozent die stärkste Partei. Man kann also sagen, daß die scheinradikale bunte „Wahlalternative" außer von vielen Studenten und anderen Menschen aus dem Kleinbürgertum auch von manchem gutsituierten Wohlstandsbürger und sicherlich von nicht wenigen Kapitalistensöhnchen gewählt worden sind.

Sicherlich haben viele Werktätige die „Bunte Liste" gewählt, weil sie einen wachsenden Haß auf den kapitalistischen Staat und die bürgerlichen Parteien haben und weil sie sich die Chance ausrechneten, daß diese Gruppierung die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und als radikale linke Opposition in der Hamburger Bürgerschaft den Bossen und Bonzen zu Leibe rücken könnte.

Die Propaganda und die Forderungen der „Bunten Liste" knüpfte neben dem Kampf gegen das volksfeindliche Bonner Atomprogramm auch an anderen Problemen an, die den werktätigen Massen heute auf den Nägeln brennen: Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror, Preistreiberei, die Lohnraubabschlüsse der letzten Monate. Dabei spekulierten die „Bunten" mit den noch bestehenden starken parlamentarischen Illusionen, mit der Hoffnung vieler Werktätiger, daß die Grundübel des Kapitalismus durch Reformen, durch eine radikale „linke Opposition" im bürgerlichen Parlament bekämpft werden könnten.

Wie wir gesehen haben, ist die Struktur unseres Wahlergebnisses sehr erfreulich: Hauptsächlich Proletarier gaben der Partei ihre Stimme. Aber dennoch können wir zweifellos mit unserem relativ niedrigen Stimmenanteil nicht zufrieden sein. Auch wenn klar ist, daß diese Stimmen klar gegen reformistisch-revisionistische Scheinalternativen (nicht nur der „Bunten Liste", sondern auch der DKP) und für ein klares revolutionäres politisches Programm abgegeben wurden. Der Einfluß unserer Partei, auch ihr politischer Einfluß, ist größer, als es sich an den 911 Stimmen ablesen läßt. Eine Schwäche unserer Partei war sicherlich, daß unsere Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen noch „unterentwickelt" ist. Das gilt insbesondere für die Arbeit in den Gewerkschaften. Vor allem aber: Der Aufbau der RGO wird erst seit einigen Monaten mit der nötigen Konsequenz und Klarheit in Angriff genommen. Die Erfolge, die wir dabei jetzt bereits zu verzeichnen haben — besonders sichtbar wurden sie bei den Betriebsratswahlen — zeigen: Der Aufbau der RGO hätte schon vor längerem so angepackt und vorangetrieben werden können und müssen, wie das jetzt geschieht. Nicht zuletzt gilt das natürlich auch für die Entwicklung der Roten Garde.

Sicherlich spielen zusätzlich noch bestimmte Mängel in der Wahlkampagne selbst eine gewisse Rolle. Es wäre wohl notwendig gewesen, stärker und gezielter die Illusionen in Bezug auf die „Bunte Liste", die ja von den Massenmedien stark hochgespielt wurde, zu bekämpfen, ihren opportunistischen Charakter zu entlarven.

Zweifellos ist trotz zunehmenden Klassenbewußtseins und wachsender Radikalisierung der Arbeitermassen der Einfluß des Reformismus und Revisionismus noch ziemlich stark. Zum Beispiel sind die Illusionen über Möglichkeiten, auf parlamentarischem Wege grundlegende Verbesserungen zu erreichen, noch nicht entscheidend erschüttert.

Solange dies aber so ist, muß sich das auch in unseren Stimmenanteilen bei politischen Wahlen niederschlagen. Denn politische Wahlen sind stets ein Gradmesser der politischen Entwicklung und Reife der werktätigen Massen. Eines jedoch steht fest: Das Vertrauen in den kapitalistischen Staat schwindet und der Einfluß der revolutionären Ideen wächst. In den kommenden, sich verschärfenden Klassenkämpfen wird sich diese Entwicklung mit Sicherheit beschleunigen. Unsere Partei wird, wenn sie unbeirrbar den eingeschlagenen korrekten Weg weitergeht und an ihrer marxistisch-leninistischen Linie festhält, das Vertrauen und die Unterstützung der breiten Massen des Proletariats erwerben.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Tödlicher Schlag bei Polizei-Einsatz

Polizist schlug mit bloßen Händen Türke tot

... unter schwerer Anklage – Türke ging K. o. und starb

... wegfahren konnte

Polizist bedroht Taxifahrer mit Pistole

Wegen Nötigung zu Geldstrafe verurteilt / Staatsanwalt konstatiert „erschreckend absurdes Verhalten"

Die Bilanz einer Woche

5. bis 11. Juni 1978. Keine außergewöhnliche Woche. Bis auf die Weltmeisterschaft natürlich, die Zeitungen sind voll davon. Es gibt aber auch noch andere Nachrichten. Selten auf der ersten Seite, oft versteckt im Lokalteil. Nachrichten über die Polizei. Über ihren Terror, ihre Todesschüsse. Manchmal kommt es zum Prozeß, dann berichten die Zeitungen. Vieles aber kommt erst gar nicht ans Tageslicht. Was auf dieser Seite steht, ist aus einer Woche zusammengetragen. In der Tat: keine „außergewöhnliche Woche". Denn der Terror der Polizei gehört schon zum „Alltag" in diesem Staat. Ein Staat, das zeigt dieser Wochenbericht schlaglichtartig, der Kurs auf ein neues '33 nimmt!

Auf der Wache geprügelt

Dortmund. 6. Juni. Auf der Anklagebank im Dortmunder Amtsgericht sitzen ein Ehepaar mit Tochter und zwei junge Männer. Eine Genossin besuchte den Prozeß. Sie schreibt: „Silvesternacht. Die beiden jungen Männer haben was getrunken. 2,5 Promille. Sie überqueren die Straße. Plötzlich quietschen Bremsen. Aus einem Zivilwagen springen Polizisten und wollen sie in das Auto schleifen. Sie wehren sich gegen die Festnahme, denn wer will schon Silvesternacht in die Zelle. Die Polizisten prügeln. Ein Ehepaar mischt sich ein. Der Mann will helfen und sagt: ‚Das können Sie doch nicht machen. Ich bin Zeuge.' Die Polizisten greifen auch ihn.

Die Ehefrau sieht nicht ein, was ihr Mann Schlimmes getan haben soll. Auch die Frau muß mit zur Wache. Auf der Wache werden sie geschlagen: Kopfprellungen beim Vater, Schulterprellung bei der Mutter, Prellung im rechten Sprunggelenk bei der 14jährigen Tochter. Bei einem der jungen Männer müssen drei Finger genäht werden.

Und das Gericht? Richter Weiß verurteilt alle Festgenommenen. Das Eingreifen der Polizei sei zur Aufrechterhaltung der Verkehrsordnung notwendig gewesen. Die Angeklagten hätten Widerstand geleistet. Das Urteil: für einen der jungen Männer 18 Monate Jugendstrafe ohne Bewährung, für den Freund sechs Monate Gefängnis mit Bewährung. Für den Familienvater, der nur als Zeuge auftreten wollte, sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung! Für die Ehefrau Geldstrafe, für die Tochter Freizeitarrest!"

Mit der Faust totgeschlagen

Hagen. 6. Juni. Polizeihauptmeister Herbert B. ist immer noch im Dienst. Obwohl er mit bloßen Händen den türkischen Arbeiter Mustafa Kortan totgeschlagen hat! Der Polizist steht jetzt vor dem Hagener Schwurgericht. Die Anklage: Körperverletzung im Amt mit Todesfolge. Mindeststrafe: drei Jahre Gefängnis, Höchststrafe 15 Jahre. Der Prozeß ist noch nicht zu Ende.

Der Polizist sollte einen Familienstreit schlichten. Die deutsche Freundin hatte ihn zu Hilfe gerufen, weil ihr türkischer Freund sich mit seinem Sohn zu prügeln drohte. Als die Polizeistreife anrückte, war der Krach schon wieder vorbei. Der angeklagte Polizist: „Die Frau war frech und griff mich an, weil ich mutwillige Alarmierung vermutete." Hildegard Sch.: „Ich habe mir lediglich verbeten, daß er mich duzte." Der andere Polizist: „Es gab Ärger und Schimpferei. Aber von einer bedrohlichen Situation weiß ich nichts. Der Türke faßte nach der Krawatte meines Kollegen, im selben Augenblick ging er auch schon zu Boden und blieb leblos liegen." Der Polizist, zweimal Polizei-Landesmeister im Halbmittel, hatte ihn mit der Faust totgeschlagen! Man kann es kaum glauben: Nur weil der türkische Arbeiter an der Krawatte gezogen haben soll!

Mit der Pistole erpreßt

Frankfurt. 6. Juni. Vor dem Frankfurter Schöffengericht steht ein Polizist. J. hatte als Wachhabender einer Nachtschicht einen betrunkenen Mann ins Revier gebracht, den er in einem fremden Auto gefunden hatte. Auf dem Revier hat er den Mann an den Haaren gezogen und ihn angeschrien: „Gib endlich zu, daß du das Auto gestohlen hast!" Als der Mann sich geweigert habe, so geben seine „Kollegen" zu, habe der Polizist die Pistole gezogen und sie auf den Festgenommenen gerichtet: „Na, komm nur, komm!" Ein Polizist: „Das war nicht das erste Mal, daß der Leute so behandelt hat." Der Richter Kunisch spricht acht Monate Gefängnis mit Bewährung aus. Obwohl auf Aussageerpressung eine Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis vorgesehen ist! Doch der Richter: „Der Gesetzgeber hat dabei aber wohl eher an so etwas wie Folter gedacht." Acht Monate auf Bewährung heißt: Der Polizist kann weiter Dienst machen! Erst eine Strafe ab einem Jahr hat eine Entlassung zur Folge.

Den Falschen getroffen

Bielefeld. 5. Juni. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld teilt mit, daß am Sonntag ein Polizeibeamter an einem Kopfschuß gestorben ist. Geschossen hat sein „Kollege". Und wie ist das passiert? Die Zeitung meldet: „Beide Beamten hatten versucht, einen flüchtenden Autofahrer zu stellen. Nachdem dies gelungen war, kam es zwischen den Beteiligten zu einem Handgemenge. Dabei löste sich eine Kugel aus der Waffe des 35jährigen Polizeihauptmeisters und traf den 23jährigen Polizeibeamten." Offensichtlich hatten die Polizisten also die Waffe gezogen, um den Autofahrer festzunehmen. Offensichtlich hatte der Polizeibeamte abgedrückt — nur die Kugel traf diesmal bei dem Handgemenge den Falschen!

Die Pistole gezogen

München. 6. Juni. Polizeihauptmeister Manfred F. hatte seinen Privatwagen im hinteren Teil des Taxistandplatzes am Stachus geparkt und ging weg. Als er mit einer Obsttüte zurückkam, hatte ein Taxifahrer seinen Wagen schräg vor das Auto des Polizisten gestellt. „Ich habe mich auch an die Reihe meiner Kollegen anschließen wollen und konnte nicht anders." Der Polizist zückte die Polizeikelle und forderte den Ausweis des Taxifahrers. Der Fahrer rückte nun mit seinem Taxi vor, um den Weg freizumachen. Da zog der Polizeihauptmeister, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, „seine geladene und nicht zu sichernde Dienstwaffe und richtete sie, den Finger am Abzug, aus einer Entfernung von 50 bis 80 Zentimeter gegen T.s Kopf. Erst als dieser sein Fahrzeug wieder zum Stehen brachte, steckte auch der Polizist seine Waffe wieder weg." Der Polizist erklärte dazu im Prozeß: „Ich fürchtete, daß der Taxifahrer wegfährt, ehe ich seine Personalien feststellen konnte." Das Münchener Gericht urteilte: 1.500 Mark Geldstrafe für den Polizisten. Ein Hohn, wenn man weiß, daß es in ähnlichen Situationen schon Tote gegeben hat.

Tod in der Zelle

Dortmund. 9. Juni. Vorletzter Verhandlungstag im Batos-Prozeß. Nächste Woche wird das Urteil gesprochen. Der griechische Arbeiter fiel am Rosenmontag 1977 in die Hände der Polizei. Weil er Schlaftabletten genommen haben soll, hatten Rosenmontagszug-Zuschauer den Notruf alarmiert. Die Polizei prügelte Joannis Batos in den Wagen. Auf der Polizeiwache wurde der Grieche in eine Ausnüchterungszelle geworfen. Der Polizeiarzt stellte „Volltrunkenheit" fest. Tage später ergibt die Blutprobe 0,0 Promille. Andere Festgenommene bezeugen, daß die wachhabenden Polizisten in dieser Nacht Gefangene geprügelt haben. Um zwei Uhr nachts wird Joannis Batos tot in der Zelle aufgefunden. Die Staatsanwaltschaft behauptet, er sei an Erbrochenem erstickt. Die Familie des Verstorbenen: „Joannis ist zu Tode geprügelt worden." Das Urteil jedenfalls ist so gut wie gesprochen. Denn nicht die wachhabenden Polizisten sitzen auf der Anklagebank! Allein der Polizeiarzt, der die falsche Diagnose stellte. Und der Polizist vom Notruf, der „vergaß", die Information über die Schlaftabletten an die Polizisten weiterzugeben, die Batos verhafteten.

Tödliche Salve aus der MP

Wiesbaden. 9. Juni. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Wiesbaden steht ein 36jähriger Polizeihauptmeister. Die Anklage: „Fahrlässige Tötung". Fahrlässig? Korrespondenten des „Roten Morgen", die im letzten Jahr mit Angehörigen des erschossenen Landwirts Helmut Schlaudraff in Leun (Lahn-Dill-Kreis) sprachen, berichteten: „Der Polizeiüberfall verlief wie ein regelrechtes Gangsterstück. Der weiße Zivilstreifenwagen der Polizei stoppte vor Schlaudraffs Fahrzeug, der Polizeihauptmeister sprang heraus mit einer Maschinenpistole im Arm. Ohne „Hände hoch!" oder dergleichen zu rufen, riß er die Fahrertür auf und feuerte los. Helmut Schlaudraff sank — an der Halsschlagader getroffen — blutend im Fahrersitz zurück. Anschließend wurde er von dem Polizisten noch aus dem Auto gezerrt und blieb am Boden liegen." Der Polizist behauptet jetzt vor Gericht, er sei der Meinung gewesen, daß die Maschinenpistole gesichert war. Die Kugeln müßten sich „durch eine Reflexbewegung gelöst" haben, als er die Tür des zu kontrollierenden Wagens öffnete. Das Gericht wird sicher diese „Nervosität" zu verständigen wissen!

Keine Beweise — Gefängnis

Stuttgart. Das Stuttgarter Oberlandesgericht hat den 22-jährigen Studenten Johannes Thimme wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Obwohl Thimme nach den Worten des Senatsvorsitzenden „keine konkrete Tätigkeit innerhalb dieser Vereinigung nachgewiesen wurde", sah es das Gericht als erwiesen an, daß Thimme „alles andere als ein Mitläufer" der sogenannten Haag-Meyer-Gruppe war. Ein offenes Terrorurteil!

Verteidiger sind „verdächtig"

Westberlin. Nach der Befreiung von Till Meyer aus dem Gefängnis erklärte die Bundesanwaltschaft sofort die Verteidiger der Angeklagten im Drenkmann/Lorenz-Prozeß zu „Verdächtigen". Hausdurchsuchungen und Durchwühlen der Verteidigerunterlagen von Rechtsanwalt Becker begründete der Bundesanwalt unter anderem damit, Becker habe „Verdachtsgründe für seine Beteiligung an der Befreiungsaktion vom 27. Mai auch dadurch geliefert, daß er im bisherigen Prozeßverlauf seinen Mandanten so entschieden verteidigt habe". Als Beweis für den Verdacht gegen den verhafteten Rechtsanwalt Möllerhoff wird in dem Haftbefehl die Tatsache angeführt, „daß Möllerhoff öfters sonnabends in der Haftanstalt gewesen sei und die Situation gut gekannt habe". Normale Verteidigertätigkeit für einen Mandanten wird also schon als Belastung ausgelegt! Kampf der Kriminalisierung fortschrittlicher Anwälte!

Schußwaffen im Gericht

Saarbrücken. Der „Bund deutscher Justizbeamten" hat für Justizbeamte in Gerichtssälen die Bewaffnung mit Pistolen gefordert. Die Ausbildung des Personals in „nur waffenloser Kampfweise wird den Anforderungen des Dienstes nicht mehr gerecht". Bisher haben nur in Bayern Justizwachtmeister Pistolen. Der Prügelterror in den Gerichtssälen gegen Angeklagte und auch Zuschauer reicht anscheinend schon nicht mehr, es soll Blut fließen!

Richter fordern Schutzhaft

Karlsruhe. Der Deutsche Richterbund hat auf einer Vorstandssitzung „Sicherungsverwahrung" für alle angeblichen Terroristen gefordert, die zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, wenn der „Verdacht auf weitere terroristische Aktivitäten nach der Haftentlassung bestehe". Mit dieser Forderung greift der Richterbund die faschistischen Methoden der „Schutzhaft" auf und verlangt praktisch lebenslängliche Konzentrationslager für alle politischen Gefangenen, die als „Terroristen" abgestempelt werden. Diese Forderung verrät den faschistischen Geist der westdeutschen Klassenjustiz!

Scheel fordert Freiheit für Hess

Bonn. Bundespräsident Walter Scheel hat Anfang Mai während seines Deutschland-Besuches Breschnew um Begnadigung für Hess gebeten. Rudolf Hess, der Stellvertreter Hitlers, ist im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe unter Viermächtekontrolle verurteilt worden. Scheel unterstützt damit praktisch die Propaganda der Alt- und Neo-Faschisten, die seit langem „Freiheit für Hess fordern.

Bundeswehr gegen Bevölkerung

München. Der bayerische Innenminister Seidl will in einer CSU-Kommission prüfen lassen, ob man Reservisten der Bundeswehr in einer Art Miliz oder Polizeireserve zusammenfassen kann, um ihnen bereits „in Friedenszeiten den Schutz bestimmter Objekte, wie Elektrizitäts- oder Wasserwerke oder Eisenbahnknotenpunkte" zu übertragen. Bisher konnte Bundeswehr laut Notstands-Grundgesetz nur im „Spannungsfall im Innern" eingesetzt werden. Die Pläne zum bewaffneten Einsatz der Bundeswehr gegen die Bevölkerung reifen schon lange. In der Vergangenheit hatte bereits der CSU-Abgeordnete Prentl, vom Dienst beurlaubter Oberst der Bundeswehr, den Vorschlag gemacht. Und kürzlich erst der CDU-Generalsekretär Geißler. Er hatte Bundeswehreinsatz zur „Terroristenbekämpfung", beispielsweise bei der Überwachung bestimmter Autobahnstellen, gefordert. Notfalls müsse man eben, so Geißler, die Verfassung ändern! Nieder mit der Bundeswehr — kapitalistisches Bürgerkriegsheer!

Neues von Filbinger

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hat mitgeteilt, daß der Nazi-Marinerichter Filbinger am 19. Juli 1945, also drei Monate nach Hitlers Tod, über einen Matrosen, der sich in die Büsche geschlagen hatte und von den Briten an den Marinestabsrichter in dem Kriegsgefangenenlager ausgeliefert wurde, schrieb, er sei „an sich ... mit einer hohen Zuchthaus-, wenn nicht mit der Todesstrafe bedroht". Außerdem habe Filbinger „voller Bedauern und Resignation sich aufbäumend" geschrieben, es gehe ein Gericht im Kriegsgefangenenlager um, das jetzige Gericht werde ersetzt durch eines, das nicht „nach nationalsozialistischen Grundsätzen urteile". Dies zeigt, daß Filbinger ein Nazi bis auf die Knochen war. Weg mit Filbinger!



Kampf dem Polizeiterror

Frankfurt. Der Polizeipräsident in Frankfurt und der Direktor der Hessischen Polizeischule haben gegen den Flugblattverantwortlichen der Partei in Frankfurt Strafanzeige wegen Beleidigung zweier Polizisten gestellt, die zwei Menschen erschossen haben. So versuchen sie, die Wahrheit über den Polizeiterror zu unterdrücken!

Erfolg für Genossen

Gelsenkirchen. Im November '77 verurteilte das Amtsgericht vier Genossen zu 5.800 Mark Geldstrafe, weil sie durch ein Flugblatt, da sie die empörenden Verhältnisse in den Gelsenkirchener Krankenhäusern entlarvte, den Staat beleidigt hätten. Bei der Berufungsverhandlung in Essen war wieder der Zuschauerraum voll, denn viele Werktätige aus dem Stadtteil Hüllen hatte das Urteil empört. Mehrere Zeugen aus der Bevölkerung schilderten ihre Erfahrungen: Behandlung auf dem Flur, lange Wartezeiten, bevor man ein Krankenhausbett bekommt. Ein ehemaliger Pfleger des inzwischen geschlossenen Knappschaftskrankenhauses berichtete, wie die Belegschaft Monate hingehalten wurde mit der Lüge, das Krankenhaus werde nicht geschlossen, und wie es dann Knall auf Fall passierte. Angesichts dieser Situation, und weil der Prozeß schon sehr viel Staub in Gelsenkirchen aufgewirbelt hatte, steckte das Landgericht zurück, sprach drei der Angeklagten frei und verurteilte eine Genossin zu 300 Mark Geldstrafe. Die Gelsenkirchener Genossen schreiben, daß der Kampf gegen die Krankenhausbettennot weitergeht. Mehrere Prozeßzuschauer haben schon den Wunsch nach einer Bürgerinitiative gegen die zahlreichen Mißstände im Gesundheitswesen ausgesprochen!

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

An unsere Leser

Die Redaktion erhält Woche für Woche viele Zuschriften von den Lesern des „Roten Morgen". Darüber freuen wir uns und danken allen, die uns mit Kritiken und Korrespondenzen unterstützen. Leider sind viele dieser Zuschriften an den „Roten Morgen" ohne Absenderangabe. Wir können deshalb auch einen Teil der Kritiken, die uns erreichen, nicht beantworten. Denn an „einen Sympathisanten aus München" oder „einen Genossen aus Hamburg" können wir unseren Antwortbrief ja schlecht schikken. Wir bitten deshalb alle unsere Leser, in Zukunft bei ihren Zuschriften einen Absender anzugeben. Entweder ihre Adresse oder das örtliche Parteibüro mit einem Stichwort.

Vielen Dank, Redaktion „Roter Morgen"

„Für Ausländer gibt es keine Wohnungen!"

Liebe Genossen!

Bisher wohnte unser Freund, der ausländische Kollege Z., zusammen mit seiner Frau und seinen vier kleinen Kindern in einer winzigen, menschenunwürdigen Wohnung mit zwei Zimmern, von denen nur eines geheizt werden konnte, mit Toilette auf dem Hof. Jetzt muß er da raus — gekündigt. Er hört, daß in Gröpelingen einige Sozialwohnungen frei sind. Mit seinem Bestätigungsschein geht er zur Vermittlungsstelle. Dort erfährt er:

„Für Ausländer gibt es keine Wohnungen mehr."

„Ja aber es sind doch Wohnungen frei?"

„Und wenn die Wohnungen jahrelang freibleiben, Ausländer kommen da nicht rein. Das ist die neueste Bestimmung."

Schon seit 1972 galt, daß nur 20 Prozent der Sozialwohnungen mit ausländischen Familien besetzt werden durften. Jetzt hat unser „Sozialstaat" auch dieses bißchen Recht auf Null zusammengestrichen.

Bald zehn Jahre schuftet der Kollege Z. Tag um Tag mit vielen Doppelschichten für die deutschen Kapitalisten, aber das elementarste Menschenrecht, eine Wohnung, ein Zuhause zu haben für sich und seine Familie, das hat er nicht.

Von seinem Lohn, von dem er insgesamt 13 Personen ernähren muß, kann er keine 500 DM Miete bezahlen. Was also bleibt ihm anderes übrig, als sich erneut von seiner Familie zu trennen und wieder auf eine Bettstelle in irgendeinem Lager zu ziehen.

Rot Front!
Genossen aus Bremen.

Berufsschulpflicht unterhöhlt

Ein Jugendlicher, der heute in unserem Staat die Schule schwänzt, kann mit einer Gefängnisstrafe rechnen — so geschehen in Hessen. Andererseits macht die hessische Landesregierung alle Anstrengungen, Jugendliche von der Schulpflicht zu befreien. Aber daß in unserem Staat mit zweierlei Maß gemessen wird, ist ja längst nichts Neues mehr.

Über beides wurde im „Roten Morgen" berichtet.

Ähnliche Bestrebungen werden zur Zeit vom Westberliner Senat mit dem Entwurf des 14. Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für Berlin verfolgt.

Nach § 13/15 des Gesetzentwurfes können Jugendliche nach Abschluß des zehnten Schuljahres von der allgemeinen Schulpflicht befreit werden. Und zwar gilt das für Jugendliche, die im Arbeitsverhältnis stehen. Das heißt all diejenigen, die keine Lehrstelle bekommen, können von ihren Chefs unter Druck gesetzt werden, auf ihren wöchentlichen Berufsschultag „freiwillig" zu verzichten. So unzulänglich die Berufsschule in unserem Staat auch ist — das ist ein unerhörter Angriff auf das Bildungsrecht der Jugend.

Doch nicht nur solche für die Kapitalisten lästigen Bindungen wie die Schulpflicht waren reif für den Rotstift. Natürlich waren auch solche Erziehungsziele wie „Heranbildung von Persönlichkeiten, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen, **und welche der nazistischen Ideologie entgegenstehen...**" völlig „unzeitgemäß" und wurden gestrichen.

Seitenweise ausgeweitet dagegen wurde der Gesetzentwurf um einen Katalog von „Ordnungsmaßnahmen gegenüber Schülern", der im gültigen Gesetz nicht enthalten ist. Diese Ordnungsmaßnahmen vom schriftlichen Verweis bis zum Ausschluß von der besuchten Schule sollen jetzt **Gesetzeskraft** erhalten. Was an den Universitäten in Form des Hochschulrahmengesetzes mit seinen Sanktionen bereits Praxis ist, sollen jetzt auch die Jugendlichen schon während ihrer Schulzeit zu spüren bekommen.

Eine Lehrerin aus Westberlin.

Veranstaltung der KPD/ML

Westberlin: 18. Juni, 17 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 131. Frauenveranstaltung aus Anlaß des 45. Todestages von Clara Zetkin.

Veranstaltungen der Roten Garde

Herten: 16. Juni, 18 Uhr, „Zum Hanseaten", Ewaldstraße 118. Thema: „Jugendarbeitslosigkeit, Berufsvorbereitungsjahr, Nichtübernahme von Lehrlingen nach der Lehre."

Wuppertal: 16. Juni, 19 Uhr, „Bärenschänke", Moritzstr./Ecke Ernststr. Thema: „Was ist los in Argentinien?" Film — Informationen — Diskussion.

Veranstaltungen der GFA

Hildesheim: 15. Juni, 20 Uhr, Haus der Jugend, Raum 10, Steingrube 18. Thema: „Stellung und Rolle der Partei der Arbeit Albaniens". — 29. Juni, gleicher Ort und gleiche Zeit. Thema: „Rolle der Gewerkschaften".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

J. Jurquet und seine Gruppe

Eine opportunistische Sekte von Provokateuren

Unter den Opportunisten, die sich mit Haut und Haaren der „Theorie der drei Welten" verschrieben und damit den Marxismus-Leninismus verraten haben, befindet sich auch der Revisionist Jacques Jurquet aus Frankreich. Jacques Jurquet und seine Gruppe tragen die Verantwortung dafür, daß die Kommunistische Marxistisch-Leninistische Partei Frankreichs (PCMLF), die 1967 im Kampf gegen den modernen Revisionismus als revolutionäre Vorhutpartei des französischen Proletariats gegründet wurde, nicht mehr existiert. Die PCMLF von heute ist eine provokatorische revisionistische Sekte. Jacques Jurquet und seine Gruppe, die sich in die internationale marxistisch-leninistische Weltbewegung eingeschlichen hatten, nutzten außerdem das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wurde, schamlos zu einer Reihe von Provokationen und zu Spalter- und Sabotageaktivitäten an der Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien Europas aus. Zwischen diesem Element, zwischen der Gruppe, die er repräsentiert und unserer Partei gibt es deshalb auch keinerlei Beziehungen mehr.

Eine lange Geschichte des Verrats

Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die Geschichte des Verrats der Gruppe um J. Jurquet zu werfen. 1973 rief das Zentralkomitee der PCMLF, das inzwischen von den Revisionisten erobert worden war, eine Kampagne gegen den „Revisionismus in den Reihen der Partei" aus. Der wahre Charakter dieser Kampagne sollte sich jedoch sehr schnell zeigen. Unter dem Deckmantel dieser Kampagne ließ man nämlich in der Partei und in der „Humanité rouge" eine Reihe „neuer" Analysen und Theorien zirkulieren, die allesamt beweisen sollten, daß sich das französische Proletariat unter den „veränderten internationalen Bedingungen" mit seiner eigenen Bourgeoisie zusammenschließen müßte. Gleichzeitig ging die „Humanité rouge" mehr und mehr dazu über, das französische Proletariat zur Unterstützung der reaktionären, faschistischen, proamerikanischen Regimes in Asien, Afrika und Lateinamerika aufzurufen. Ein typisches Beispiel dafür ist ein mit „J. J." signierter Leitartikel aus dieser Zeit über den Besuch des Schah vom Iran in Frankreich. Darin werden diejenigen, die den Schah als Henker der Völker des Iran brandmarkten, als Revisionisten abgestempelt.

So wurde der Boden für den 2. Parteitag der PCMLF bereitet, der schließlich 1975 abgehalten wurde. Dieser Parteitag, bei dessen Einberufung die Normen des demokratischen Zentralismus in schwerwiegender Weise verletzt wurden, um die marxistisch-leninistischen Kräfte auszuschalten, verabschiedete schließlich ein Programm des Klassenverrats, ein Programm des Verrats am Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution in Frankreich. Die „Theorie der drei Welten", die kurz zuvor von Deng Hsiao-ping zum erstenmal öffentlich propagiert worden war, sollte fortan die Grundlage der Strategie und Taktik der Partei sein. Im Mittelpunkt der Politik der Partei sollte nicht mehr der Kampf für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats stehen, sondern der Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen den sowjetischen Sozialimperialismus — den angeblichen „neuen" Hauptfeind — mit der französischen Monopolbourgeoisie zu vereinigen und die EWG, diesen konterrevolutionären Block der westeuropäischen Imperialisten, zu unterstützen. Und weiter ganz nach dem Vorbild der chinesischen Renegaten, bezeichnete das neue Programm der PCMLF die sogenannte „Dritte Welt", d. h. die Geisels, Mobutus, Pinochets und Pahlewis, als die „große revolutionäre Triebkraft, die das Rad der Weltgeschichte vorwärtstreibt".

Mit einem Wort: Der 2. Parteitag der PCMLF verabschiedete ein durch und durch revisionistisches Programm. Und die Zeit hat gezeigt, daß die Opportunisten um J. Jurquet, unabhängig von einigen heuchlerischen Selbstkritiken, die sie geleistet haben und vielleicht auch in Zukunft noch leisten werden, ihre Fehler nie wirklich korrigiert haben, sondern im Gegenteil auf diesem revisionistischen Weg immer weiter gegangen sind. Sie machten sich zum Fürsprecher der atomaren Aufrüstung der Armee der französischen Imperialisten. Sie verteidigten die Ausbeutung der Volksmassen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas durch das französische Monopolkapital als „Dialog zwischen der 2. und der 3. Welt", als positive Sache im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte. Schließlich gingen sie in der letzten Zeit sogar so weit, die Aggression der französischen Imperialisten gegen das kongolesische Volk zu begrüßen. So heißt es in der „Humanité rouge" (bimensuel No. 31/1978) ganz offen:

„Die begrenzte Unterstützung (!) der französischen Regierung kann objektiv, welches auch ihre subjektiven Motive, die von ihren imperialistischen Interessen bestimmt werden, sein mögen, der Regierung und dem Volk von Zaire dabei helfen, diese Aggression zurückzuschlagen." Und in einer anderen Ausgabe wird noch deutlicher gesagt: „Man kann also sagen, daß sich diese Intervention nicht gegen das Volk von Zaire richtet..."

Hören wir einen Augenblick die Stimme der Vorhut der kongolesischen Arbeiterklasse, die noch deutlicher macht, wie tief J. Jurquet und seine Gruppe gesunken sind, wenn sie sich auf die Seite der Mordbanden der französischen Fremdenlegion stellen. Unsere Genossen von der Revolutionären Marxistischen Partei des Kongo haben uns berichtet, daß die französischen und belgischen Legionäre gemeinsam mit Einheiten der Armee des Faschisten Mobutu eine Operation nach der anderen gegen die von ihr geführte Volksarmee und die befreiten Gebiete durchgeführt haben. Die Verteidigung der französischen Aggression gegen das kongolesische Volk durch J. Jurquet ist nur ein Beispiel von vielen. Tatsächlich ist die Gruppe um J. Jurquet heute der treueste Paladin der chinesischen Revisionisten. Mit dem Marxismus-Leninismus hat sie längst nichts mehr gemein. Sie steht auf der Seite der Konterrevolution.

Scharlatanerie und Provokationen

J. Jurquet gefällt sich öfter darin, „Selbstkritik" zu üben. Und zwar immer dann, wenn ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wird, wenn es darum geht, die Opposition in den eigenen Reihen zu beruhigen. So war es nach dem 2. Parteitag, als er sich in der Pose des ehrlichen Sünders gefiel, der seine Fehler offen bekennt. Tatsächlich wurden aber die grundlegenden Fehler des Programms nicht zurückgenommen. Im Gegenteil. Kaum von einer Reise nach China zurückgekehrt, ließ J. Jurquet in der „Humanité rouge" einen ellenlangen Grundsatzartikel zur Verteidigung der „Theorie der drei Welten" erscheinen. Inzwischen hat er erneut „Selbstkritik" geübt, aber kurz darauf ließ er in der „Humanité rouge" die französische Aggression im Kongo verteidigen. Es ist ein allzu durchsichtiges Spiel, was dieser Opportunist hier treibt, in der vergeblichen Hoffnung, durch Scharlatanerie seine wahre Natur verbergen zu können.

J. Jurquet ist heute der treueste Paladin der chinesischen Revisionisten um Hua Guo-feng und Deng Hsiao-ping. Kein Wunder also, daß er wie diese schon seit langer Zeit versucht, die Einheit der europäischen marxistisch-leninistischen Parteien zu spalten. Provokationen gegen die Bruderparteien, enge Freundschaft mit den Opportunisten vom Schlage der GRF und Provokateuren à la Vilar — das ist seine Linie. So bekämpfte er wütend die KP Spaniens/ML, sabotierte die Unterstützung der revolutionären Kämpfe der Völker Spaniens und behauptete, auch in Spanien sei der Hauptfeind der sowjetischen Sozialimperialismus. Sehen wir, wie er die RKP Chiles behandelte. Am 6. November 1977 ließ Jurquet auf einer von seiner Gruppe organisierten Veranstaltung in Paris Verkäufer von „el Pueblo" und der „ANCHA" von einer Schlägertruppe aus dem Saal treiben. Außerdem verbot er den Verkauf des Zentralorgans der chilenischen Genossen und der gemeinsamen Erklärung der lateinamerikanischen Parteien in den Buchläden seiner Gruppe.

Dokumente der Einheit und Prinzipienfestigkeit der wirklich marxistisch-leninistischen Parteien:

Gemeinsame Erklärung der KPD/ML, der KPG/ML, der KPI/ML, der RKP(W), der KPSp(ML), Oktober 1977, 40 S., 1,50 DM.

Soeben erschienen:

Dokumente der KP Brasiliens und der KP Kolumbiens/ML zur „Theorie der drei Welten", 72 S., 2,50 DM. Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568.

Es ist klar, daß Jurquet auch und vor allem die Partei der Arbeit Albaniens wegen ihres prinzipienfesten Kampfes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus und die neuen Revisionisten mit wütendem Haß verfolgt. Jurquet hat es bisher nicht gewagt, die albanischen Genossen offen anzugreifen. Seine Methode ist die der versteckten Angriffe und Provokationen. Auf dem VII. Parteitag der PAA hielt er zum Beispiel eine heuchlerische Lobrede. Aber kaum nach Hause zurückgekehrt, ließ er die Verbreitung des Rechenschaftsberichtes des Genossen Enver Hoxha in seiner Gruppe verbieten. Verbieten ließ er auch den Verkauf dieses historischen Dokuments in den von seiner Gruppe kontrollierten Buchläden.

Die von uns angeführten Beispiele sind keine Einzelfälle, sie ließen sich mühelos um viele weitere ergänzen. Jurquet und seine Gruppe, die sich vom Marxismus-Leninismus abgekehrt haben und zum Kampf gegen ihn übergegangen sind, betreiben das Geschäft der Bourgeoisie. Sie sind Spalter und Provokateure.

Die französischen Marxisten-Leninisten haben dies längst erkannt. Sie haben seit langem den Kampf aufgenommen, um der französischen Arbeiterklasse mit ihren großen revolutionären Traditionen erneut eine marxistisch-leninistische Vorhutpartei zu geben, die den Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus zum Sieg führen wird. Ihnen, den wahrhaften Marxisten-Leninisten, gehört die Zukunft.

Kieler Antifaschisten-Prozeß

Als Zeugen der Anklage: Faschistische Verbrecher

Montag, 5. Juni. Das Kieler Landgericht spricht das Urteil im Berufungsverfahren gegen die vier Kieler Antifaschisten. Sie sollen einen Stand der NPD zerschlagen haben. Im ersten Prozeß wurden zwei der Antifaschisten, Dietrich und Ewald, zu je sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, Egon und Wilfried zu je vier Monaten mit Bewährung. Und nun? Die Berufungsinstanz muß zurückstecken: alle Strafen auf Bewährung! Sicher, dieses Urteil ist kein Freispruch. Das Gericht stützt sich weiterhin auf unbewiesene Behauptungen, es verurteilt weiterhin den gerechten Kampf gegen faschistische Banditen. Doch es ist auch ein Erfolg! Erkämpft von den angeklagten Antifaschisten und ihren Anwälten, erkämpft von den Zuschauern und anderen Antifaschisten, die durch harte Fakten nachwiesen, daß die „Zeugen der Anklage" faschistische Verbrecher sind. Die auf die Anklagebank gehören! Die Antifaschisten mit Falschaussagen hinter Gitter zu bringen versuchen! Die ihre Aussagen untereinander abgesprochen haben! Angesichts dieser Entlarvung blieb dem Gericht nichts anderes übrig als zurückzustecken! Zu offen wäre die Zusammenarbeit der Justiz mit faschistischen Terrorbanden geworden.

Die faschistischen „Zeugen" des Staatsanwalts

Jobit Stolp

Stolpe, Wankendorfer Str. 1

Zur Zeit der antifaschistischen Aktion gegen den NPD-Stand im August 1976 Landesvorsitzender der Jung-Nationaldemokraten (JN), Bundesverantwortlicher für Flugschriften. Er hat im Juni 1977 mit anderen Faschisten einen Stand der GRF überfallen. Stolp ist nicht mehr bei den JN, er ist zu den faschistischen Terrortrupps übergewechselt.

Jürgen Peine

Kiel, Gerhardstr. 23

Vollzugsbeamter beim Bundesgrenzschutz, Kontaktadresse für die faschistische Organisation „Bund Volkstreuer Jugend". Peine hat an militärischen Übungen von sogenannten Wehrsportgruppen auf dem Bauernhof Teschemacher (Nähe Plön) zusammen mit Stolp und Munier teilgenommen. Er trägt einen Totenkopfring, der an das Emblem der SS erinnert, die die Konzentrationslager bewachte.

Günter Bernburg

Westberlin 4, Cranachstr. 35

Nachweislich bis Mai 1977 Mitglied der neonazistischen NSDAP. Gleichzeitig Mitglied des „Bundes Heimattreuer Jugend". Bernburg wurde zusammen mit Gunnar Pahl und Eckehard Weil, bekannt als angeblich „isolierter Attentäter auf einen sowjetischen Wachsoldaten in Westberlin" (sechs Jahre Gefängnis), wegen Waffenschieberei in Jugoslawien festgenommen. Die Neonazis waren auf dem Weg zur Schießausbildung in den Nahen Osten.


Gaugericht
für Parteiangelegenheiten

Beschluss

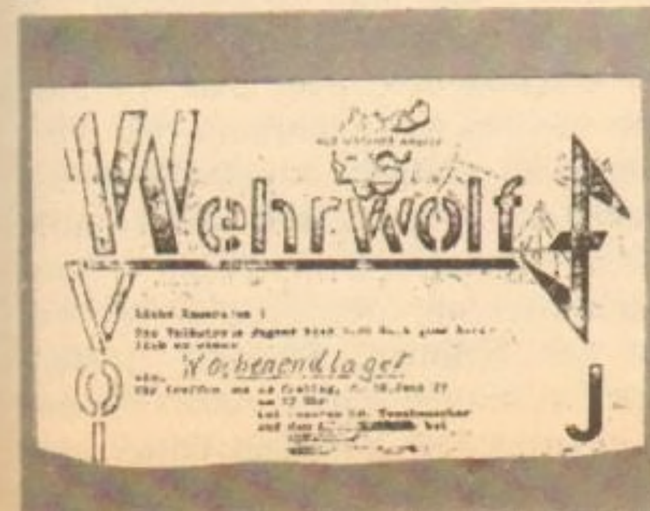
Das Parteimitglied Günter Bernburg, Cranachstr. 35, 1/41, wird ab sofort aus der Partei ausgeschlossen und aufgefordert, umgehend seine Schulden und sonstige Verpflichtungen bei der Partei zu begleichen. Er ist somit nicht mehr Mitglied der N.S.D.A.P. Eine Berufung ist ausgeschlossen.

Aus den Gründen
[illegible]

Dietmar Munier

Kiel, Fleethörn 39

Bis 1977 Kreisvorsitzender der JN, leitet in Kiel den faschistischen „Sturmwindbuchladen". Munier gibt die Zeitschrift „Wehrwolf" heraus, die unter anderem paramilitärische Übungen glorifiziert und für die „Neue Ordnung" wirbt. Munier selbst hat mehrfach an Wehrsportübungen auf dem Hof des „Kameraden Teschemacher" teilgenommen.



Hans Koetter

Rendsburg, Nobiskrugerallee 66

gehörte zum NPD-Ordnungsdienst. Er hat 1974 mit einer Stahlrute auf einen Antifaschisten eingeprügelt, so daß dessen Kopfwunde ärztlich behandelt werden mußte. Koetter hat 1976 in Kiel Flugblätter der „Neuen Ordnung" verteilt, eine internationale Faschistenorganisation, die in Italien und Frankreich verboten ist. Unter anderem wegen zahlreicher Sprengstoffanschläge.



Thomas Günter Lange

Kiel, Hansastr. 12

Der Jurastudent ist an der Kieler Uni als Spitzel bekannt. Lange leugnete zunächst vor Gericht, an faschistischen „Wehrsportübungen" teilgenommen zu haben. Das Titelbild der faschistischen Zeitung „Sieg", die im Erscheinungsland Österreich verboten ist, zeigt ihn allerdings bei einem Lager der „Wehrsportgruppe Wiking". Zusammen mit Lutz Wegener, gegen den wegen Bildung einer „terroristischen Vereinigung" ermittelt wird und anderen Mitgliedern der Hamburger Hansabande.



Eduard Möske

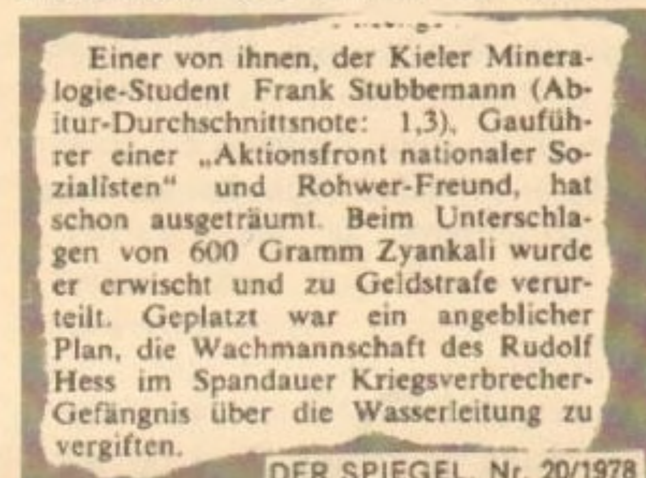
Kiel, Radsredder 12

Möske ist Flugblattverantwortlicher für die JN in Kiel, Landesvorsitzender der JN und Funktionär in der NPD.

Frank Stubbemann

Kiel, Hansastr. 12

Damals Mitglied der JN, dann Aufbauleiter und Gauführer der „Aktionsfront nationaler Sozialisten". Stubbemann wurde von dem Staatsanwalt aus der Untersuchungshaft als „Zeuge" gegen die Antifaschisten vorgeführt. Er wurde zusammen mit Teuffert und einem anderen Nazi „wegen des Versuchs eines Sprengstoffanschlags auf das Büro einer linken Organisation" festgenommen. Bei der Festnahme sind auch Waffen gefunden worden. Stubbemann ist bereits einmal verurteilt.


Einer von ihnen, der Kieler Mineralogie-Student Frank Stubbemann (Abitur-Durchschnittsnote: 1,3), Gauführer einer „Aktionsfront nationaler Sozialisten" und Rohwer-Freund, hat schon ausgeträumt. Beim Unterschlagen von 600 Gramm Zyankali wurde er erwischt und zu Geldstrafe verurteilt. Geplatzt war ein angeblicher Plan, die Wachmannschaft des Rudolf Hess im Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnis über die Wasserleitung zu vergiften.

DER SPIEGEL, Nr. 20/1978

Peter Teuffert

Kiel

wurde wie Stubbemann aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Bis April 1977 im „Bund Volkstreuer Jugend", seit Januar '78 in der „Wiking Jugend", jener schleswig-holsteinischen Faschistengruppe, die bewaffnete Raubüberfälle in Köln, Hamburg und auf einen Truppenübungsplatz verübten. Teuffert hat an Aufmärschen der Hansa-Bande in Hamburg teilgenommen, gegen die wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung" ermittelt wird. Ein Brief, den Teuffert an einen Antifaschisten schrieb:


18.7.1977

An den Antifaschisten

Betr.: Euer Flugblatt " Nazi - Provokation "

Zur Sache: auf dem Foto " bislang unbekannte Schläger " bin ich der Rechte (in der Lederjacke).
Das "bislang unbekannt" dürfte nun wohl wegfallen da Ihr mich noch öfter sehen werdet !!!
Für Eure schwarze Liste, einige Angaben über mich: meine Wohnung befindet sich in Kiel, Mitglied bin ich in der [illegible], sowie Volkstreue Jugend Kiel ([illegible]) und der Wiking-Jugend.
Viel Spass wünsche ich Euch beim suchen nach meiner Adresse und meinem Namen.

" ein bislang unbekannter Schläger"

Heil Deutschland !

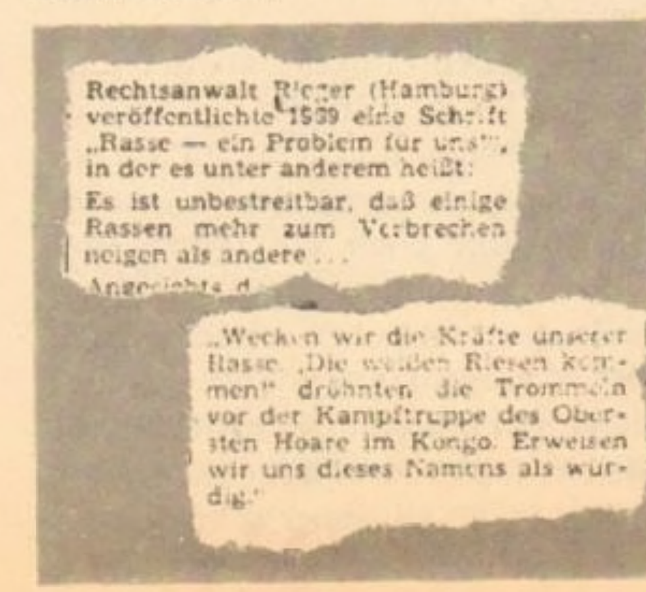
.....wir werden weiter [illegible], wenn alles in Scherben fällt....

Absender:
Karl Goldstein, Bergenstr. 2, Bergen-Belsen

Rechtsanwalt Rieger

Hamburg

trat im Prozeß als Anwalt der „Nebenkläger" gegen die Antifaschisten auf. Mitglied der „Aktion Oder-Neiße" 2. Bundesvorsitzender. Rieger propagiert offen den Rassismus und tritt als Verteidiger der Nazi-Verbrecher im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß auf. In seinem Artikel „Aktionsformen" für die faschistische Zeitung „Sieg" gibt er konkrete Anweisungen für militantes Vorgehen von neonazistischen Demonstranten.


Rechtsanwalt Rieger (Hamburg) veröffentlichte 1969 eine Schrift „Rasse — ein Problem für uns", in der es unter anderem heißt:
Es ist unbestreitbar, daß einige Rassen mehr zum Verbrechen neigen als andere ...

„Wecken wir die Kräfte unserer Rasse. ‚Die weißen Riesen kommen' dröhnten die Trommeln vor der Kampftruppe des Obersten Hoare im Kongo. Erweisen wir uns dieses Namens als würdig."



Ein deutscher Richter

Hamburger Antifaschisten-Prozeß

Kampf dem Staatsschutz-Terror!

Seit dem 8. Mai findet in Hamburg ein Mammutprozeß gegen neun Antifaschisten statt. Sie haben 1976 gegen einen internationalen Faschistenkongreß protestiert. Der Prozeß findet unter empörenden Bedingungen statt: im Staatsschutzsaal hinter Panzerglas, überall bewaffnete Polizisten. Aber trotzdem kommen jeden Tag zwischen 50 und 100 Menschen, um den Antifaschisten ihre Solidarität zu zeigen.

Freispruch für alle angeklagten Antifaschisten!



Front gegen Reaktion und Faschismus

Plakat der „Front gegen Reaktion und Faschismus" in Hamburg

Die angeklagten Antifaschisten kämpfen gegen die massiven Unterdrückungsmaßnahmen des Gerichts. Die Ausweiskontrollen mußten fallengelassen werden. Nun geht es gegen die Trennscheibe zwischen Angeklagten und Zuschauern, gegen die Polizeibewachung mit Maschinenpistolen.

Am 6. Verhandlungstag demonstrieren die geladenen Polizeizeugen, daß sie sich wie Herren im Haus fühlen. Sie gehen durch die Zwischentüren im Staatsschutztrakt — etwas, was jedem Angeklagten und Zuschauer, ja sogar den Anwälten verweigert wird. Die Antifaschisten erheben die Forderung, die Tür zum Zuschauerraum aufzumachen. Das Gericht ist entlarvt und muß dem Antrag stattgeben.

Am 8. Verhandlungstag versucht der Richter, die Öffnung wieder rückgängig zu machen. Anweisung von oben. Die Anwälte fordern einen anderen Saal. Der Richter weicht zurück und erklärt sich bereit, den Prozeß in einem anderen Saal abzuhalten. Aber bereits der nächste Verhandlungstag demonstriert, wer tatsächlich „Herr des Verfahrens" ist. Der Richter verliest einen Brief des Landgerichtspräsidenten, der aus angeblichen „Termingründen" die Verlagerung aus dem Staatsschutzsaal verbietet. Dabei wird die Raumterminplanung nur eine Woche im voraus vorgenommen. Also nichts als ein Täuschungsmanöver.

Die Antifaschisten stellen einen Befangenheitsantrag und Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Der Richter lehnt zwei Tage später ab. Er hat den Auftrag, die Antifaschisten abzuurteilen. So wie die Polizei, laut Aussage des Einsatzleiters, das Einsatzziel hatte, „Festnahmen durchzuführen". Antifaschisten hinter Gitter zu bringen, ihre materielle Existenz zu vernichten — dafür arbeiten die Staatsbehörden Hand in Hand.

Die Betriebsleitung des angeklagten Antifaschisten Uwe Ruß hat inzwischen die lange Prozeßdauer zum Vorwand genommen, um Uwe zu entlassen. Obwohl der Betriebsrat dagegen stimmte. Die Kollegen von Uwe sind sehr empört, sie werden dagegen ankämpfen. Und ebenso die anderen Antifaschisten und die „Front gegen Reaktion und Faschismus". Denn die vielen Prozeßtage zwingen die Angeklagten schon jetzt zu Nachtarbeit, zu Nacharbeit, in einem Fall auch zur Unterbrechung des Studiums. Der Kampf für die Einstellung des Verfahrens ist daher auch ein Kampf gegen die materielle Ruinierung der Antifaschisten. **Unterstützt die Antifaschisten vor Gericht! Freispruch für alle Antifaschisten! Die nächsten Prozeßtermine: 15., 19., 21. und 23. Juni um 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Saal 237.**

„Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt"

25 Jahre ist es jetzt her, 25 Jahre seit dem konterrevolutionären Putschversuch vom 17. Juni in der DDR. Wie war damals die Lage, was waren die Ursachen dafür, daß sich zwar nicht die Masse, doch immerhin noch 300.000 von fünf Millionen Arbeitern und Angestellten in der DDR an den Streiks, Aktionen und Protestdemonstrationen beteiligten? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, möchte ich versuchen, anhand eigener Erlebnisse in Ostberlin die Situation von damals, vor und während des 17. Juni zu schildern.

Die äußere Situation

Berlin 1953: Eine Stadt, aufgeteilt von den Besatzungsmächten in vier Sektoren, den englischen, den französischen, den amerikanischen und den sowjetischen. Besetzt von den jeweiligen Truppen. Eine Stadt also, in der in den drei Westsektoren, in Westberlin, die kapitalistischen Interessenvertreter — eng verbunden mit den Konzernherren, Großgrundbesitzern und Monopolisten, die sich kurz vor Kriegsende nach Westdeutschland abgesetzt hatten — herrschten. Und auf der anderen Seite, in Ostberlin, unter sowjetischer Verwaltung, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, selbständig und unter den schwierigsten Bedingungen, großen Entbehrungen und Opfern den Sozialismus aufbauend.



Eine Wechselstube in Westberlin im März 1950: 1 DM (West) für 8,80 Mark (Ost)! Mit diesem Währungsschwindel versuchte man, die sozialistische Wirtschaft der DDR zu unterwühlen.

Vom ersten Tag nach der Niederlage des Faschismus an arbeiteten die Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und Konzernherren — wie beispielsweise in Westdeutschland Adenauer, Kaiser und Blank — darauf hin, die volkseigenen Betriebe und den enteigneten Boden der Großgrundbesitzer in der DDR wieder in ihren Besitz zu bekommen. Dazu schien ihnen Ostberlin als Hebel geeignet zu sein. Denn man konnte leicht, ungehindert und zu jeder Zeit aus dem amerikanischen, französischen oder englischen Sektor in den sowjetischen Sektor, also nach Ostberlin fahren oder gehen. Es gab keine „Mauer". Passierscheine brauchte man nicht. Eine Ausweiskontrolle fand nur ab und zu statt.

Durch angeworbene Agenten und Provokateure, „Rias"-Hetze und -Lügen, Bestechung und Korruption, versuchte man von Westberlin aus Stimmung unter der Ostberliner Bevölkerung zu machen und Einfluß zu gewinnen. Hatten die diversen von Bonn ausgehaltenen Geheimdienste und Agentenorganisationen Ostberliner Bürger für ihre Zwecke gewonnen, so schickten sie diese, die ja ohne besondere Genehmigung von Ostberlin aus in die DDR einreisen konnten, nach Mecklenburg, Sachsen usw. um hier Wühlarbeit gegen die DDR und den Aufbau des Sozialismus zu betreiben. Aber es gab auch noch andere Schwierigkeiten.

Da war einmal das große Problem des sogenannten Schwindelkurses. Westgeld wurde 1 zu 5, ja zeitweise sogar 1 zu 6 und 1 zu 7 gegen Ostgeld umgetauscht. Nicht wenige Ostberliner arbeiteten damals legal in Westberlin, erhielten einen Teil ihres Lohnes in Ostmark und einen Teil in Westmark. Das Westgeld wurde zum jeweiligen Kurs umgetauscht, und man lebte in Ostberlin gut davon. Andere Ostberliner arbeiteten am Wochenende schwarz in Westberlin. Dies waren in erster Linie Facharbeiter, die dort benötigt wurden. Auch viele Westberliner tauschen ihr Geld in Ostgeld um, fuhren nach Ostberlin und kauften dort das, was sie ohne Lebensmittelkarten erhielten. Viele Familien in Ostberlin, besonders in den Randgebieten, hatten Hühner und Kleinvieh. Eier und auch nicht selten Kaninchen wurden auf Westberliner Märkten für Westgeld verkauft, dieses dann umgetauscht, und zurück ging's nach Ostberlin. Und nicht nur dies. Im Herbst 1952 wurden z. B. im Bezirk Köpenick zentnerweise Fleisch- und Wurstwaren bei einer Ostberliner Familie beschlagnahmt, die aus Mecklenburger Bauernhöfen stammten und in Westberlin verscheuert wurden. Und das war nur ein Fall von vielen.

Westberlin galt als das Schaufenster des Westens. Viele Waren waren wesentlich billiger als in Westdeutschland. Der Preisunterschied wurde durch die Steuern der westdeutschen Werktätigen getragen. Um an Westgeld ranzukommen, gingen einige verbrecherische Elemente sogar so weit, von öffentliche Einrichtungen Kupfer und andere brauchbare Metalle zu stehlen und ebenfalls nach Westberlin zu verscheuern. Sabotageakte und Diebstähle in den volkseigenen Betrieben kamen nicht selten vor.

Agenten und Provokateure

Parallel zu solchen und ähnlichen Schiebereien, die die Ostberliner und darüber hinaus die gesamte DDR-Wirtschaft erheblich schwächten, kam die organisierte Hetze durch den RIAS („Rundfunk im amerikanischen Sektor") und die durch den amerikanischen CIA und andere Agentenorganisationen massenhaft verbreiteten Hetzbroschüren und Flugblätter, die zur Sabotage gegen die DDR-Wirtschaft, zum Sturz der Regierung aufriefen und antikommunistische Hetze verbreiteten.

Die persönliche und direkte Anwerbung von Agenten und Provokateuren spielte ebenfalls eine große Rolle. Solche Anwerbungen wurden besonders unter den Jugendlichen versucht. In den Ostberliner Tanzlokalen und Restaurants hielten sich haufenweise Westberliner Agenten auf. Es wurden hier kostenlos Karten für Kinoveranstaltungen in Westberlin verschenkt oder Einladungen für andere Vergnügungen in Westberlin, die zu besuchen Jugendliche, waren sie noch Lehrlinge und verfügten sie über wenig Geld, nicht abgeneigt waren. Natürlich wurde nicht jeder Agent oder Spion, aber es war ein Weg, leichter an empfängliche Personen heranzukommen.

Eine andere wesentliche Methode der Anwerbung von Agenten war die der amerikanischen „Lebensmittelhilfe". Das waren die sogenannten Care-Pakete. Hier erhielten Ostberliner per Post oder auch persönlich in den Briefkasten gesteckt, die Mitteilung, sich dort und dort in Westberlin ein Lebensmittelpaket abzuholen. Die meisten taten dies, wegen der Luxus-Artikel wie Kaffee, Schokolade, die damals in der DDR noch kaum zu haben waren. Und man brauchte ja keine Weltreise zu machen. Für 20 Pfennig Fahrgeld ein paar U-Bahnstationen bis nach Westberlin, dafür dann umsonst ein Paket mit Bohnenkaffee, Schokolade und einigen anderen leckeren Sachen? Das lohnte sich. Nur wenige sahen, daß hiermit eine Agentenwerbung verbunden war. Und auch hier pickte man sich natürlich nur einige, nutzbare Elemente heraus. Es kam dem amerikanischen CIA auch darauf an, mit diesen Paket-Aktionen Stimmung gegen die DDR-Regierung zu machen. Über solche Wege wurden in Großbetrieben, ja selbst in Gewerkschaftsorganisationen ganze Agentenherde und Nester von Provokateuren geschaffen.

Unzufriedenheit bei den Arbeitern

Das war die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war, daß die Arbeiter mit den Zuständen in den eigenen Betrieben, mit den Zuständen in den Gewerkschaften, mit den Zuständen in Staat und Wirtschaft, mit dem Verhalten der Staats- und Parteifunktionäre nicht zufrieden waren.


Potsdamer Platz: Provokateure haben das Columbus-Haus in Brand gesteckt, in dem sich eine Zweigstelle der Staatlichen Handelsorganisation und ein Revier der Volkspolizei befindet.

Die meisten Funktionäre der Partei waren keine ehrlichen Revolutionäre. Schieberei und Korruption untereinander waren an der Tagesordnung. Konnte einer gut reden, und sprach er dem höheren Funktionär zu Munde, so konnte er schnell „nach oben" kommen. Sagte aber jemand seine ehrliche Meinung, kritisierte er vielleicht sogar Mißstände in Betrieb und Partei, so wurde er scheel angesehen und nicht selten kam es vor, daß er als Agent oder Provokateur verschrien wurde.

All das blieb den Arbeitern nicht verborgen. Aber sie wußten keinen Ausweg, dies zu ändern, und viele glaubten an Anfangsschwierigkeiten, sogenannte Kinderkrankheiten in der Aufbauphase. Daß es keine Anfangsschwierigkeiten waren, sondern daß es um prinzipielle Dinge ging, merkten die meisten Arbeiter kurz vor dem 17. Juni, als die DDR-Regierung per Beschluß, also auf administrativem Weg, ohne die Arbeiter in einer Kampagne vorher darüber zu befragen oder aufzurufen, die Betriebe dazu zwingen wollte, die Arbeitsnormen um zehn Prozent zu erhöhen. **Dieser Fehler wurde von den Agentenorganisationen sofort ausgenutzt, um ihre Provokation, den Tag X, den sie schon Monate vorher vorbereitet hatten, zu starten.**

Der Tag „X"

Ich arbeitete zu diesem Zeitpunkt im Betrieb Kabelwerke Oberspree, auch KWO genannt, in Berlin-Oberschöneweide, in der Thälmann-Brigade. Wir arbeiteten an sogenannten Spritzmaschinen, die um Draht eine Isoliermasse legten, der dann auf Kabeltrommeln aufgerollt wurde. In der Brigade arbeiteten fünf Kollegen — drei an der Maschine, ein Metallzubringer, ein Kollege, der das Endprodukt kontrollierte. Wir arbeiteten in zwei Schichten. Unsere Brigade fuhr immer 20 bis 30 Prozent über die Norm, an manchen Tagen sogar 70 bis 80 Prozent darüber. Das war auch in anderen Brigaden so und ergab sich schon aus dem Prämiensystem.

Unsere Brigade schien eine fortschrittliche Brigade zu sein, denn von den fünf Kollegen waren zwei in der SED, einer in der FDJ. Trotzdem gab es, als die Meister mit den Brigadiers über die Normenerhöhung von 10 Prozent sprachen, bei uns helle Aufregung. Immerhin waren 10 Prozent mehr für den gleichen Grundlohn, für die gleiche Prämie zu arbeiten. Diese spontane Erregung legte sich schnell wieder, denn bei genauer Überlegung war es für unsere Brigade keine sehr große Anstrengung, 10 Prozent mehr an Norm herauszuarbeiten. Es hieß für uns, einen Schlag mehr zuzulegen. Hatten wir gutes Material und wenig Ausschuß, war es sogar ein Leichtes, die 10 Prozent über die alte Norm zu fahren. Dennoch blieben Unruhe und Diskussionen zurück. Da war einmal die Art und Weise, wie der Beschluß über die Normenerhöhung zustande kam, die den meisten Kollegen nicht paßte.

Der Beschluß wurde von der Regierung bereits Ende Mai gefaßt, in den Betrieben jedoch erst zwei, drei Tage vor dem 17. Juni diskutiert. Man hörte zwar hier und da Gemunkel und Gerüchte, jedoch kam nichts Offizielles. Das empfanden viele Kollegen als Hintergehen, als Heimlichkeit und Unehrlichkeit. Und so war es ja auch. Bei dieser Normenerhöhung war nichts von der Diktatur der Arbeiterklasse zu spüren. Sie wurde nicht befragt und um ihre Vorschläge gebeten. Das war es, was einen Teil der Arbeiter so in Empörung versetzte. Waren zudem noch Meister, Brigadiere oder Parteigenossen, mit denen über die Normenerhöhung diskutiert wurde oder die sie sogar mit durchsetzen sollten, noch unbeliebt, so kam es schon hier und da zu Protestreaktionen.

Und es war nicht nur die geplante Normenerhöhung, die die Unzufriedenheit der Arbeiter wachsen ließ, besonders empörte es sie, daß, während man ihnen zumutete, für das gleiche Geld mehr zu arbeiten, die Gehälter der Bürokraten, der sogenannten technischen Intelligenz, der Funktionäre, Direktoren und bürgerlichen Experten nicht gesenkt, sondern sogar noch erhöht wurden. All das zusammen machte es dem CIA leicht, jetzt den Tag X auszurufen, auf den er solange gewartet hatte. Die Rücknahme der geplanten Normenerhöhung am 16. Juni kam da zu spät.

Unsere Brigade hatte beschlossen, die Normenerhöhung durchzuführen. Außer dem Materialzubringer waren wir anderen vier damit einverstanden. Die Parteigenossen sollten jedoch auf der nächsten Zusammenkunft mit der Parteileitung gegen die Art und Weise, wie dieser Beschluß zustandekam, protestieren. Doch dazu kam es nicht mehr.

16. Juni: Demonstration in der Stalinallee

Am 16. Juni wurde in unserer Brigade und darüber hinaus in der gesamten Abteilung darüber gesprochen, daß Bauarbeiter auf der Stalinallee gegen die Normenerhöhung in Form einer Demonstration protestiert hätten. Das schien uns noch keine weltbewegende Sache zu sein, denn es war nicht von anderen Betrieben die Rede. Die Bauarbeiter auf der Stalinallee waren nicht unbedarft. Hier sammelten sich des öfteren Gruppen und diskutierten und nicht selten wurden sie provoziert, denn es war ja einfach, als Westberliner undurchsichtige Elemente, auf offenen Baustellen, die jeder betreten konnte, Arbeiter anzusprechen. Wir nahmen die Sache nicht so ganz ernst.

Nach der Pause der Nachmittagsschicht — das muß so zwischen 18 und 19 Uhr gewesen sein — wurde die Sache schon brenzliger. Als wir aus dem kleinen Kantinenraum der Abteilung an unseren Arbeitsplatz zurückkamen, fand der Brigadier auf seinem kleinen Schreibpult einen Handzettel mit der Parole ‚Nieder mit den Normen. Streikt!' Später wurde vermutet, daß er selbst diesen Handzettel dort hingelegt hätte, um einen Anlaß zur Diskussion zu ha-

ben. Der Brigadier versuchte mit uns darüber zu diskutieren, aber es kam keine Diskussion zustande, da wir als Parteigenossen und auch die FDJlerin nichts wußten und erst Kontakte zur Partei aufnehmen wollten.

Das war am späten Abend in der zweiten Schicht schlecht möglich. Der Brigadier gab diesen Handzettel dann dem diensttuenden Meister in der Abteilung. Am späten Abend, kurz vor Schichtende, kamen Parteigenossen durch den Betrieb und gaben die Anweisung, daß sich die Parteigenossen am nächsten Morgen im Parteibüro zu melden hätten. Aber in der Nacht noch wurden Parteigenossen und fortschrittliche Arbeiter mobilisiert, um eine sogenannte Arbeiterwehr zu bilden. Dies geschah, wie ich später hörte, in einer ganzen Reihe von Betrieben.



Während große Teile der Werktätigen bereit waren, den Sozialismus in der DDR aufzubauen und mit der Waffe in der Hand zu verteidigen... (Bild: Bewaffnete Jugendliche der FDJ, 1952)

Am 17. Juni meldeten wir uns im Parteibüro. Die Partei informierte uns, daß gegen die Normenerhöhung in der Innenstadt Demonstrationen stattgefunden hätten und am frühen Morgen des 17. Juni auch andere Provokationen wie Plünderungen von Lebensmittelläden (HO-Läden), Zerstörungen von Partei- und Gewerkschaftsbüros u. ä. vorgekommen waren. Im KWO, unserem Betrieb, waren in mehreren Abteilungen die bereits genannten Handzettel aufgefunden worden, auf Arbeitsplätze, an schwarzen Brettern. Einzelne Provokateure waren durch den Betrieb gegangen und hatten die Arbeiter zum Streik aufgefordert. Ein Teil der Kollegen hatte daraufhin den Betrieb verlassen und sich so der Arbeitsniederlegung angeschlossen. Einige waren gar nicht zur Arbeit gekommen, denn der RIAS hatte pausenlos Aufrufe und Appelle gegen die DDR-Regierung verbreitet, zum Streik aufgefordert und wilde Gerüchte in die Welt gesetzt. Dadurch waren einige Arbeiter verängstigt und blieben bei ihrer Familie zu Hause. In einer ganzen Reihe von Abteilungen wurde jedoch voll gearbeitet.

Auch unser Brigadier und der Materialzubringer waren nicht zur Arbeit erschienen. Wie sich später durch Untersuchungen herausstellte, hatte der Materialzubringer enge Verbindungen zum CIA, der Brigadier hatte jahrelang in Westberlin Schwarzarbeit verrichtet und war nun endgültig mit seiner Familie in den ‚goldenen Westen' getürmt.

Die Parteigenossen, die sich im Parteibüro zu melden hatten, erhielten verschiedene Aufgaben. Es wurden Rundgänge durch den Betrieb organisiert, Posten für die Betriebstore gebraucht, Posten rund um das Betriebsgelände aufgestellt, Kuriere, die zu den Posten Kontakt hielten und anderes mehr. Die Betriebstore waren geschlossen worden. Eine kleine, schmale Pforte war geöffnet. Hier konnten Kollegen, sofern sie zum Betrieb gehörten, rein- und rausgehen. Die, die reingingen, wurden bis zu ihrem Arbeitsplatz begleitet, die, die rausgingen, konnten ungehindert das Tor passieren.

Provokateure werden festgenommen

Während wir am 17. Juni vormittags noch beim Verteilen der Aufgaben waren, erhielt die Partei im KWO einen Anruf, daß Arbeiter aus Köpenicker Betrieben die Arbeit niedergelegt und sich in einem Demonstrationszug zusammengeschlossen hätten, der aus Köpenick über Oberschöneweide in Richtung Innenstadt demonstrieren würde. In Oberschöneweide lagen mehrere Großbetriebe, wo sie vorbeimarschieren mußten.

Die Partei im KWO war so vorgewarnt. Es erfolgte nun die Anweisung, daß sich einzelne Genossen und FDJler, nach Möglichkeit in Blauhemden und mit Parteiabzeichen, an den Straßenrand vor den Werkstoren zu stellen hatten. So standen wir, als der Zug am Betrieb KWO vorbeikam, drei junge Genossen im Blauhemd, zwei ältere in Windjacken und mit Parteiabzeichen, direkt an der Bordsteinkante. Es war ein Block von mehreren Hundert Arbeitern, der uns entgegenkam. **Die vordersten Reihen riefen Parolen wie ‚Nieder mit der Regierung', ‚Nieder mit den Normen', ‚Wir wollen freie Wahlen' u.ä. In den ersten Reihen wie auch an den Seiten marschierten Provokateure und Drahtzieher. Sie stürzten sich auf uns und versuchten, uns die Blauhemden und die Abzeichen runterzureißen. Doch in dem Moment stürzten aus der Pförtnerloge viele Genossen, die diese Provokateure festnahmen und in den Betrieb zerrten. Sie wurden in Gewahrsam genommen. Die Demonstranten kümmerten sich jedoch nicht weiter darum und marschierten in Richtung Innenstadt weiter.**

Ab mittags wurde dann durch den sowjetischen Militärkommandanten über Ostberlin der Ausnahmezustand verhängt, das heißt, keine Demonstrationen, keine Versammlungen, keine Kundgebungen, keine Ansammlung von Gruppen. Von 21 Uhr bis morgens um 5 Uhr durfte man nur mit einer Sondergenehmigung auf die Straße.

Nachdem die Rote Armee eingegriffen hatte, beruhigte sich die Lage ziemlich schnell. Nach und nach kamen die Kollegen wieder in den Betrieb. Waren es am nächsten Tag noch ein erheblicher Teil, der zu Hause geblieben war und die Lage noch erst abwarten wollte, so erschienen sie in den Tagen danach wieder vollzählig, bis auf die, die sich nach Westberlin abgesetzt hatten. Die Kontrollen durch die Partei, durch die Arbeiterwehr, durch die Volkspolizei, die Rundgänge im Betrieb wurden noch für eine gewisse Zeit aufrechterhalten.

***

Ähnlich wie hier dargestellt, hat sich der 17. Juni in mehreren Berliner Betrieben abgespielt. Am Potsdamer Platz, in der Stalinallee und am Alexanderplatz waren die Ausschreitungen erheblicher. Neben Plünderungen, Brandstiftungen, dem Herunterreißen von roten Fahnen, den Zerstörungen von Parteibüros, von Verkehrseinrichtungen etc. hat es hier an der Grenze zu Westberlin auch leider Tote gegeben. Aber wessen Schuld war das?

Die Hintermänner der faschistischen Provokation waren die imperialistischen Kräfte in Westdeutschland, die die sozialistischen Errungenschaften wieder rückgängig machen, die den Krupp, Flick und anderen Konzernherren ihr „Eigentum" wieder zurückgeben wollten. Es war kein Zufall, daß kurz vor dem 17. Juni an den Börsen die Aktien der sogenannten „Ostwerte" um eine ganze Reihe von Punkten emporkletterten. Die Konzernherren wußten, daß der „Tag X" bevorstand. Es war auch kein Zufall, daß unmittelbar nach dem Scheitern der Provokation Adenauer und Konsorten große Trauerfeiern veranstalteten und Unternehmerverbände Hunderttausende von Mark für die sogenannten Opfer des Putsches zur Verfügung stellten.

Eine Kluft zwischen der Partei und den Massen

Es kann aber ebenso kein Zweifel darüber bestehen, daß in der DDR am 17. Juni ein Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vorhanden war, die nach dem 17. Juni noch vergrößert wurde.

Die große Mehrheit der Arbeiter der DDR hatte sich nicht provozieren lassen, hatte die Arbeit nicht niedergelegt. Insgesamt waren es sechs Prozent der fünf Millionen Arbeiter und Angestellten. Viele haben sich auch nur stundenweise beteiligt. Die große Mehrheit stand trotz der enormen Hetze, der Agentenarbeit und faschistischer Provokationen, trotz ihrer schweren Lage hinter ihrem sozialistischen Staat. Und auch von den 300.000, die da demonstrierten und streikten, war nur ein verschwindend geringer Teil reaktionär und gegen den Sozialismus eingestellt. Sie waren ganz einfach und zu Recht empört.

Um so unverschämter und heuchlerischer war es, wenn sich Herbert Warnke, ZK-Mitglied der SED, Vorsitzender des FDGB, im August 1953 auf dem FDGB-Kongreß hinstellte und zum 17. Juni folgendermaßen Stellung bezog: „Auch Hitler gelang es bekanntlich, gewisse rückständige Schichten der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen." Oder: „Die Werktätigen, die am 17. Juni demonstrierten und sich an Arbeitsniederlegungen beteiligten, sind auch der internationalen Arbeiterklasse in den Rücken gefallen..."

Was heißt das? Wieder einmal hat die Arbeiterklasse schuld. Nicht die Fehler der Regierung, nicht die Fehler der Partei haben zu den Protesten beigetragen, nicht Bürokratismus, nicht Schlendrian, nicht Korruption und Bestechung riefen schlechte Versorgung und Empörung hervor, sondern die Arbeiterklasse hat sich diese Misere selbst in die Schuhe zu schieben. Kein Wort der Selbstkritik, kein Wort zu den eigenen Fehlern, keine Taten.

Denn Taten, das hätte Säuberung der Partei bedeutet, die Säuberung von Karrieristen und Bürokraten, hätte die Anhörung der Kritiken bedeutet, der Kritiken der Arbeiterklasse, hätte die selbstkritische Stellungnahme zu den eigenen Fehlern erfordert. Nichts in dieser Richtung wurde verbessert. Stattdessen wurden die Kritiken der Basis mehr denn je unterdrückt, wurden Arbeiter, die es nur wagten, Bürokratismus und Korruption aufzudecken, als Agenten und Provokateure, als „Anhänger des faschistischen Putsches vom 17. Juni" verschrien.

Kein Wunder, daß in der Folge, besonders in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, immer mehr Arbeiter die DDR verließen. Das, was den Konzernherren und Großgrundbesitzern 1953 durch die Inszenierung ihres faschistischen Putsches nicht gelang, die DDR in einen kapitalistischen Staat zurückzuverwandeln, wurde Jahre später durch die revisionistische Politik der Ulbrichtregierung selber erreicht; die erste Diktatur des Proletariats, der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden gehört der Vergangenheit an.

Bertolt Brecht, der bekannte kommunistische Schriftsteller, schrieb zum 17. Juni ein kleines Gedicht:

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär
des Schriftstellerverbandes
In der Stalinallee
Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war,
daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung
verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte
Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Am 17. Juni 1953 wurde sichtbar, ...

Aus dem Programm der KPD/ML

...daß sich die Kluft zwischen Partei und Regierung einerseits und den werktätigen Massen andererseits vergrößert hatte. Der 17. Juni war zwar, wie aus seiner Durchführung, seinen Zielen und seiner Planmäßigkeit hervorging, ein von den Imperialisten und ihren Agenten gelenkter konterrevolutionärer Putschversuch.

Aber er hätte niemals seine Breite auch im Proletariat erreichen können, wenn er nicht auf die Unzufriedenheit großer Teile der Werktätigen gestoßen wäre, die sahen, daß, während sie aufopferungsvoll, unter Entbehrungen und voller Elan den Sozialismus aufgebaut hatten, sich eine neue bevorzugte Schicht herausgebildet hatte. Ein Teil der höheren Partei- und Staatsfunktionäre, bürgerliche Spezialisten und Intellektuelle genossen zunehmende Privilegien, während für das werktätige Volk die Normen erhöht wurden.

Gegen den Widerstand der Marxisten-Leninisten in der SED, die nach dem 17. Juni verstärkt forderten, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, das Steuer herumzureißen und die Volksmassen gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Sozialismus zu mobilisieren, hielt die Ulbricht-Clique am revisionistischen Kurs fest, administrierte und dekretierte weiter, blockte die berechtigte Kritik von unten ab. Die hohen Lohnunterschiede wurden verteidigt und vergrößert, die Politik des materiellen Anreizes verstärkt, Bürokratie und Korruption wurden nicht nur weiterhin geduldet, sondern ausgedehnt. Krasser Ausdruck dieser Politik war die Erklärung der Ulbricht-Administration nach dem 17. Juni, „das Volk habe das Vertrauen der Regierung verloren".

Programm und Statut, Seite 159/160



...hatte sich eine neue privilegierte Schicht herausgebildet, die den Grundstock der neuen Bourgeoisie bildete. (Bild: Bonzenautos in Berlin heute).

WM-Schlaglichter

Antifaschisten schalten sich ein

Argentinien gegen Frankreich. Die Mannschaften im River-Plate-Stadion stellen sich auf. Und im ganzen Land sitzen Millionen in diesem Augenblick vor den Fernsehgeräten, um das Spiel ihrer Mannschaft zu sehen. Aber als angepfiffen wird, ist es nicht ein Fernsehjournalist, der das Spiel kommentiert — Antifaschisten haben sich in die Übertragung „eingeschaltet". Sie verlesen einen Aufruf zum Kampf gegen die Militärdiktatur. In weiten Teilen des Landes sind diese Worte zu hören, während auf dem Bildschirm die Mannschaften ihre ersten Spielzüge machen.

Und auch im Stadion selbst gibt es eine Protestkundgebung gegen das faschistische Regime. Argentinische Zuschauer singen laut ein von den Generälen verbotenes Lied.

Zwei Fußballanhänger erschossen

Auch beim Spiel Argentinien gegen Ungarn waren von den Rängen Lieder und Parolen gegen das Militärregime zu hören. Nach dem Spiel, das mit einem 2:1-Sieg Argentiniens endete, strömten Zehntausende von begeisterten Fußballanhängern in die Innenstadt von Buenos Aires. Die faschistischen Truppen gingen mit äußerster Brutalität gegen die Menge vor. In der Straße Lavalle eröffneten sie sogar das Feuer auf die Fußballfreunde und ermordeten zwei Jugendliche.



Militärs drohen mit Ausweisung von Reportern

Nachdem das Militärregime schon einen französischen Journalisten unter Hausarrest gestellt hat, reagierte es mit massiven Drohungen auf einige kritische Worte, die westdeutsche Fernsehreporter in ihre Berichterstattung eingeflochten hatten. Es war sogar von Ausweisung die Rede. Der Pressechef des faschistischen Regimes, der sich in die Angelegenheit einschaltete, machte überhaupt keine Anstalten, die zur Sprache gekommenen Verbrechen der Diktatur zu leugnen. Im Gegenteil, er rechtfertigte sie dreist mit der Behauptung: „Wir hatten nun einmal schrecklicherweise einen Krieg in Argentinien." Der Konflikt konnte schließlich beigelegt werden, weil sich die Herren vom westdeutschen Fernsehen von soviel dreister Offenheit „äußerst positiv beeindruckt zeigten".

Deutscher Faschist im DFB-trainingslager

Für die zahlreichen Schlachtenbummler, die aus der Bundesrepublik nach Argentinien gekommen sind, ist es tabu: das Trainingslager der Nationalmannschaft in Ascochinga. Trotz aller Versuche gelang es ihnen nicht, ein Trainingsspiel der Mannschaft zu besuchen. Das Gelände wird von den faschistischen Truppen hermetisch abgeriegelt und gemeinsam mit der GSG 9 bewacht. Einlaß nur mit Sonderausweis.



Von seiner unrühmlichen neonazistischen Rolle in Argentinien während der fünfziger Jahre, von seinen nationalsozialistischen Bekenntnissen in letzter Zeit ist Ihnen nichts bekannt?

„Herr Rudel ist als persönlicher Bekannter von Helmut Schön ins deutsche Quartier gekommen. Er korrespondiert mit dem Bundestrainer, und Helmut Schön hat ihm für die Spiele der deutschen Mannschaft Eintrittskarten besorgt. Kann Herr Schön sich nicht schreiben, und kann er nicht verkehren mit wem er will?"

Ein bekannter deutscher Faschist aber hatte keine Probleme, in das Trainingslager zu kommen. Der ehemalige Hitler-Oberst und jetzige Aktivist der faschistischen „Deutschen Volksunion", Hans-Ulrich Rudel, tauchte dort am letzten Mittwoch auf. Aber ist es ein Wunder, daß solche Leute im DFB-Lager ein und aus gehen? Der DFB-Boß Neuberger hat ja schließlich mehr als einmal seine Sympathie auch für die argentinischen Faschisten erklärt.

CDU-Dregger beleidigt die werktätigen Frauen

Mit einer unglaublichen Provokation gegen die Frauen ist der hessische CDU-Boß Dregger kürzlich aufgetreten. Da hetzte dieses reaktionäre Element gegen „eine falsch verstandene Emanzipation der Frau", auf die der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik zurückzuführen sei. Die Frauen — so forderte der CDU-Boß — sollten sich gefälligst mit der Aufzucht von Kindern beschäftigen, statt mit der „Herstellung nebensächlicher Artikel" in den Fabriken.

Wahrhaftig, man glaubte eine Propaganda-Schallplatte aus der Serie „Ein Volk, ein Reich, ein Führer" zu hören, mit denen ja gegenwärtig die Phono-Läden und Kaufhäuser überschwemmt werden. Aber es war keine Nazi-Nostalgie — hier hatte sich einer der führenden Männer des Bonner Staates geäußert. Seine unverschämten Ausfälle sind eine unerträgliche Beleidigung der werktätigen Frauen. Millionen von ihnen schuften in großen und kleinen Betrieben, unter Arbeitsbedingungen, die meist noch schlechter, zu Löhnen, die noch niedriger sind als die der Männer. Und wozu? Vielleicht, weil sie nichts Besseres zu tun haben?

Dregger und seine Kumpane wissen sehr wohl, daß die verheirateten Frauen eben deshalb in den Betrieb gehen müssen, weil der Lohn eines Arbeiters oder kleinen Angestellten allein zum Unterhalt einer Familie kaum ausreicht. Diese Herren wissen auch, welche großen Schwierigkeiten die werktätigen Frauen mit der Unterbringung ihrer Kinder haben. Die Äußerungen eines Dregger können also nur verstanden werden als eine bewußte Verhöhnung der werktätigen Frauen. Die „Herstellung nebensächlicher Artikel" — wie es der CDU-Boß nennt — hat den Kapitalisten in diesem Land Milliardenprofite gebracht.

Jetzt, wo sich die kapitalistische Krise verschärft, wo die Arbeitslosigkeit wächst und die Frauen überall unter den ersten sind, die aus den Betrieben auf die Straße fliegen, schlagen die Herren wieder offen solche Töne an, rühren sie die Propagandatrommel für die „eigentliche Bestimmung der Frau" als Gebärmaschine. Aber wenn sie glauben, sie könnten das Rad der Geschichte zurückdrehen, sie könnten die Frauen beschränken auf Küche, Kirche und Kinder, dann haben sie sich getäuscht. Die Kämpfe der vergangenen Jahre, wo die werktätigen Frauen — wie beim Streik von Pierburg — an der Seite der männlichen Kollegen den Kampf für ihre Interessen führten, sind ein Beweis dafür.

Hokus-Pokus für fünf Mark

Noch sind uns allen die Berichte über die grausame „Teufelsaustreibung" in Erinnerung, mit der die 23jährige Anneliese Michel aus Klingenberg zu Tode gefoltert wurde. Nicht genug damit, daß der fanatische Pfaffe, der diese Folterung durchführte, nur mit einem halben Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt wurde — ganz zu schweigen von den Hintermännern der Kirche, die gar nicht erst auf die Anklagebank kamen.



Priester „treibt den Teufel aus".

Jetzt machte ein 53jähriger Hauptschullehrer in Marktoberdorf im Allgäu von sich reden, indem er das Tonband mit der angeblichen „Teufelsaustreibung" seinen Schulkindern vorspielte. Wollte er sie darüber aufklären, was heute noch an mittelalterlich-religiösem Wahnsinn möglich ist? Keineswegs! Er wollte ihnen — die Existenz des Teufels beweisen! Das muß ihm auch gelungen sein. Die Eltern berichten, daß ihre Kinder total verstört nach Hause gekommen sind, und wenn der Lehrer und der Bürgermeister des Ortes ausdrücklich dementieren, daß Kinder während der „Vorführung" weggelaufen seien, kann man sich denken, was da wirklich vorgefallen ist.

Doch damit nicht genug. Inzwischen mußte man zugeben, daß auch am Gymnasium und der Realschule des Schulzentrums in Marktoberdorf die Exorzisten-Tonbänder im Religionsunterricht vorgeführt worden sind. Natürlich gaben die „verantwortlichen Pädagogen" jetzt nicht mehr zu, daß sie den Teufel beweisen wollten. Nein, um Information über die Kirchenspaltung hatten sie sich bemüht.

Was dahintersteckte, kam dann auch gleich zum Vorschein. Die erzreaktionäre Sekte des Bischofs Lefèvre ist es, die einen schwunghaften Handel mit Exorzismus-Tonbändern betreibt. Sie schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: fünf Mark pro Tonband und — Verbreitung ihres reaktionären Giftes an den Schulen.

Mit Peitsche und Fußtritten mißhandelt

Zehn Jahre lang soll die Leiterin eines Altersheimes der katholischen Caritas in Rehlingen-Fremersdorf (bei Saarbrücken) die körperlich und geistig gebrechlichen Insassen gequält und mißhandelt haben. Von Auspeitschungen und Fußtritten ist die Rede. Einer Frau, die ihr zuviel redete, klebte die Heimleiterin den Mund mit Leukoplast zu. Eine andere band sie auf einem Stuhl fest, damit sie nicht zu viel herumlief. Ein unerhörter Vorfall, sollte man meinen. Die Staatsanwaltschaft in Saarbrücken dagegen scheint sich noch nicht sicher zu sein, ob sie eingreifen soll. Seit 15 Monaten (!) ist sie am Ermitteln. 15 Monate, in denen weiter unschuldige Menschen wie Dreck behandelt und gequält wurden. Jetzt endlich, vor gut drei Wochen, sah sich auch der katholische Caritas-Verband genötigt, die Heimleiterin vorläufig zu beurlauben.

„Freiwillige Selbstkontrolle"

Den Einfluß multinationaler Unternehmen auf die Entwicklungsländer untersuchen sollte eine Studiengruppe der UNO, die von 1973 bis '74 tagte. Vielleicht wundert sich der eine oder andere, wie gut die „Multis", die ja wegen ihrer üblen Praktiken berüchtigt sind, in dem Bericht der Gruppe wegkamen. Sie hatte aber auch „berufene Fachleute", diese Untersuchungsgruppe. Einer von ihnen, das ehemalige Mitglied der schweizerischen Regierung, Hans Schaffner, erhielt besonderes Lob von den „Multis", weil er dem Bericht so manche „Schärfe" genommen hatte. Kein Wunder! Hans Schaffner ist ein Mann der „Multis". In das 20köpfige Gremium hineingeschleust, hatte er eine geheime Koordinationsgruppe aus den Schweizer multinationalen Konzernen Nestlé, Ciba, Geigy, Sandoz, Hoffmann-La Roche, Sulzer und Brown-Boveri gebildet. Diese Gruppe von Konzernen erhielt die streng vertraulichen Zwischenberichte und setzte dann bestimmte Mitglieder der Untersuchungsgruppe unter Druck. Man sieht: mit Erfolg! Ein Einzelfall?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!



Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** (Hamborn), Buchladen „Roter Morgen", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Fr 16.00-18.30 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf). Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24 geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr, 16.30-18.30

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.